

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Conto.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Gesendet täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühr
 beträgt für die sechsheftige Rotations-
 zelle oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Berammlungs-Anzeigen 30 Pfg.
 „Seine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Feiertagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Expeditions-Adressen:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 16. August 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Die Schuld der Missionen.

Vor einigen Wochen hatte Herr v. Brandt, der ehemalige deutsche Gesandte in Peking, einige Artikel zu den ostasiatischen Wirren und den dadurch in Deutschland in die Galmei schließenden Großmannsplanen veröffentlicht. Er hatte viel Wasser in den deutschen Chinarein gegossen; die Worte waren deutlich auf sehr verantwortliche und sehr unverantwortliche Stellen gerichtet. Wir haben seiner Zeit die Hauptstellen daraus unsern Lesern mitgeteilt.

In den Ausführungen des Herrn v. Brandt fehlte nun auch eine scharfe Kritik der christlichen Missionstätigkeit nicht. „Die freundeindliche Stimmung der Chinesen“, hatte er gesagt, „läßt sich auf verschiedene Ursachen zurückführen. Einmal auf die aufdringliche Tätigkeit der christlichen Missionen, besonders der protestantischen Missionen, denen letzteren die Disziplin und Discretion ihrer katholischen Amtsbüder fehlt. . . . Diese Kritik erschien nun der Redaktion der „Christlichen Welt“, der gelebtesten protestantischen Tageszeitung in Deutschland — die sich übrigens gegen die jetzt beliebte Verquickung von Kreuz und Schwert verhält — zu „scharf“, zu „allgemein“, zu „unbegreiflich“ und „ungeheuerlich“. Wir forderten darum Herrn v. Brandt auf, in ihren Spalten diese seine Ansichten des näheren auszuführen. Das hat nun der Herr in Nr. 31 des Blattes gethan, und was er schreibt, ist geradezu niederschmetternd für die christlichen Missionen in China. Dabei ist zu bedenken, daß Herr v. Brandt kein gewöhnlicher Globetrotter ist, daß sein Urteil vielmehr auf einer dreißigjährigen Tätigkeit in Ostasien begründet ist.

Zunächst hält Herr v. Brandt in noch schärferen Worten wie in seinem ersten Artikel seine Gesamtsicht über die Missionen in China aufrecht:

„Ein großer, wenn nicht der größte Teil des Fremdenhasses ist auf die Tätigkeit der christlichen Missionen (die deutsche stellt er etwas höher als die andern) zurückzuführen; und wenn nach der Niederwerfung der Bewegung und der Verstrafung ihrer Urheber keine Aenderung in der Art und Weise der Missionen eintritt, so werden wir in zehn Jahren wieder vor einer Krise stehen, die die jetzige noch an Umfang und Schrecken übertreffen dürfte.“

Und nun führt er Grund auf Grund für seine Beurteilung auf. Zunächst die Intoleranz der Missionare unter sich, der katholischen gegen die protestantischen, vor allem aber der protestantischen gegen die katholischen.

„Während meiner amtlichen Tätigkeit in China ist mehr als eine Thatsache zu meiner Kenntnis gekommen, die mich mit tiefem Bedauern über den Mangel an christlicher Liebe und weltlichem Takt erfüllt hat, die auch ihre sprach, und ich muß hinzufügen, daß es meistens protestantische Missionare waren, die sich zu Angriffen gegen ihre katholischen Mitbrüder hatten verleiten lassen. Der kulturelle Wert des Christentums liegt für mich in ihm selbst und nicht in der Konfession, und ein Hervorheben der Unterschiede zwischen den Bekennern der verschiedenen unter denselben kann nie die Klärung der Herzen vor dem Christentum als solchem erhöhen.“

Sodann verurteilt er die Praxis der Missionen, die diese sich von ihren Regierungen halb auszuwählen lassen, halb aber auch erst bei ihren Regierungen veranlaßt haben, nämlich auf Grund der mit Waffengewalt errungenen Verträge ihr Christentum zu verbreiten:

„Was würden“, so fragt er den Redacteur der „Christlichen Welt“, „Ew. Hochwürden und Ihre Herren Amtsbüder thun, wenn aus . . . diesem Grunde buddhistischen Missionaren das Recht eingeräumt worden wäre, sich überall in Deutschland niederzulassen, ihre Häuser und Kirchen auf den besten, durch Volksglauben und Aberglauben geheiligten Stellen zu errichten und an allen Straßenenden oft in recht mangelhaftem Deutsch zu predigen? Würden wir nicht täglich und stündlich erleben müssen, daß die Bevölkerung gegen die fremden Eindringlinge Front machte, und würden Sie, Herr Pfarrer, und Ihre Herren Amtsbüder nicht mit jeder und Wort gegen die gelben Missionare eifern? Und wenn wir wissen wüßten, zu welchen Anschuldigungen das führen könnte und müßte, so brauchen wir doch nur an die Wästen zu denken, die der Antisemitismus in Deutschland und andern Ländern so herrlich treibt? . . . Es ist eine Thorheit gewesen, dem chinesischen Volk die Duldung christlicher Missionen zuzumuten.“

Das alles haben wir seit Jahren und Monaten ununterbrochen ausgeführt. Man hat geschrien — wagt man den Hohn gegen ein solches Zeugnis aus kompetentem Munde noch festzusetzen?

Wie sehr übrigens die Missionare ihrerseits eine Volkspolizei ihrer Regierungen gegen die Eingeborenen selbst provoziert haben müssen, geht aus einer andern Stelle der Erwiderung des Herrn v. Brandt hervor:

Zweidrittel der Arbeit der Gesandtschaften und Konsulate sind durch Beschwerden, Ansprüche und Forderungen der Missionare veranlaßt worden.

Herr v. Brandt spottet deshalb geradezu über die Satzungen einzelner, namentlich englischer China-Missionare, wonach im Geiste eines gesunden und aufrichtigen Christentums ausdrücklich den Missionaren unterlagt ist, Beschwerden bei Konsula oder chinesischen Behörden zu erheben, um Bestrafungen von Missethätigen zu erreichen und die Durchsetzung wirklicher oder vermeintlicher Rechte oder Schadensersatz zu erlangen.“ Das wird nach ihm eben einfach nicht gehalten. Wir kennen längst die eifrige Tendenz der Verquickung von Christentum und Politik, sei es in der Klassen- oder Weltmachtspolitik, bei uns daheim gerade an

den höchsten und einflussreichsten Stellen, — hier lernen wir dieselbe Verquickung draußen über Sie kennen.

Und dabei ist mit alledem die politische Tätigkeit der China-Missionare noch lange nicht erschöpft. Herr v. Brandt deutet das wenigstens an, indem er am Schluß seines offenen Briefes sagt:

„Die Frage der (direkt) politischen Tätigkeit einzelner Missionare habe ich nicht berührt. Aber wer die Geschichte des Loiping-Krisenstandes und des Kang-tu-woischen Reformversuches kennt, wer mit den publizistischen Leistungen einzelner Missionare bekannt ist, der wird nicht darüber im Zweifel sein können, wie viel auch nach dieser Richtung hin geschieht worden ist.“

Das heißt: die oder einzelne Missionare haben sich nicht nur damit begnügt, die Politik und die politische Macht ihrer resp. Staaten zu bewegen, um mit ihrer Hilfe ihr Christentum zur größeren Geltung zu bringen, sondern sie haben auch Politik gemacht, um die Gestaltung der politischen Verhältnisse in China nach ihrem Willen zu beeinflussen! Ja, wenn man von Brandts Andeutung recht versteht — und anderweitige Anmerkungen lassen vermuten, daß sie so recht verstanden ist —, so haben christliche Missionare direkt das Scheitern jenes letzten großen Reformversuchs und damit der Andähtung europäischer Kulturzustände mit auf dem Gewissen.

Aber Herr von Brandt geht noch weiter. Er erhebt die Anklage gegen die Missionare, daß sie noch gegen andre Grundgesetze der christlichen Lehre fort und fort verstoßen, daß einzelne die Chinesen indirekt sogar betrogen haben:

„Nimmt man dazu, daß . . . bei dem Leider nur zu oft durch Verpiegelung falscher Thatsachen ermöglichten Ankauf von Grundstücken, bei der Errichtung von Gebäuden, bei der Misachtung berechtigter und unberechtigter Eigentümlichkeiten der Chinesen . . . bei Verhöfen gegen das chinesische Ceremoniell usw. von Missionaren viel geschieht worden ist, . . . so kann man sich . . . des Gefühls nicht erwehren, daß von Seiten der letzteren Manches, recht Vieles geschehen ist, was besser unterblieben wäre.“

Schließlich macht v. Brandt den christlichen Missionaren den Vorwurf der Feigheit:

„Ist es ein ercentliches Schauspiel zu sehn, wie in den Zeiten der Gefahr die Missionare ihre Gemeinden verlassen und in die gesicherten Häfen flüchten? Ich stehe mich über jeden einzelnen, der auf diese Weise in Sicherheit gelangt; aber würde das Christentum heute in Europa die herrschende Religion sein, wenn bei den Verfolgungen im römischen Reich die Hirten ihre Herden verlassen hätten? . . .“

Herr von Brandt verliert diesen schlimmsten aller Vorwürfe in seinen darauffolgenden Sätzen freilich wieder einzuführen und jenes fahnenflüchtige Verhalten der Missionare aus den besonderen chinesischen Verhältnissen zu entschuldigen. Aber er giebt dafür keine Gründe an; es giebt deren auch nicht. Die Dinge liegen im chinesischen Reich für die Missionare eher günstiger als sie für die Apostel und Apostelsfolger im römischen Reich lagen.

Ueber die sonstigen Erfolge der christlichen Mission in China aber erscheint soeben in der „Neuen bairischen Landeszeitung“, dem Organ der bairischen Centrumpartei, eine Auslassung, die alle die Brandtschen Anklagen nur zu bestätigen scheint und sich in folgendem Schlußresümee zusammenfaßt:

„Wenn es auch unter den Missionaren viele achtungswürdige Personen giebt, die in gutem Glauben handeln, so giebt es dagegen unter den Bekehrten nur wenige, die Achtung verdienen. . . . Es ist somit nicht zu verwundern, daß die christlichen Chinesen selbst bei den dortigen Europäern, mit Ausnahme der Missionare, in schlechtem Ruf stehen und daß man sie von sich fern hält. In allen Tagesblättern in Shanghai, in welchen eingeborene Diensthofen, Köche, Hausknechte usw. gesucht werden, sind den Gesuchten stets mit großen Buchstaben die bedeutungsvollen Worte „nicht bekehrt“ (non convert) beigelegt. . . . Der große Fehler der Missionare besteht darin, daß sie jeden Taugenichts gegen die Behörden in Schutz nehmen zu müssen glauben, sobald er den Titel eines Christen führt. Die Furcht der Missionare vor einem christlichen Skandal schützt ihre Verfolgten vor der Strafe für ihre Verbrechen. Hielten sie das Prinzip einer gleichen Verantwortlichkeit für alle aufrecht, so würden sie nicht so leicht den Haß des Volks und die Verachtung der Behörden auf sich ziehen und nicht beständig Ursache zu gerechten Beschuldigungen geben. Dergleichen sollten die Missionare und ihre Anhänger sich daran gewöhnen, dieselbe Duldbarkeit für die religiösen Gebräuche Aderergläubiger zu betheiligen, die sie für sich selbst in Anspruch nehmen.“

In der That, schwerere Vorwürfe können nicht erhoben, wuchtigere Vorwürfe nicht erbrocht werden. Und für diese Missionen soll das deutsche Volk Millionen opfern, soll es gar das Blut seiner Söhne vergießen, nachdem nicht einmal die Missionare selbst das ihrige zu vergießen den Mut hatten?

Die vaterlandslosen Gesellen.

Die vaterlandslosen Gesellen in Hamburg, die sich durch die brutale Ansperrung der Werftarbeiter der Verpflichtungen gegen ihre Auftraggeber entledigen zu können hoffen, fühlen das Bedürfnis, sich vor der Öffentlichkeit zu rechtfertigen. Da sie dies mit der Wahrheit nicht können, so versuchen sie es mit der Lüge. So lassen sie in den „Hamb. Nachr.“ eine chronologische Darstellung der Vorgänge bei der Ansperrung veröffentlichen, die in Zusammen-

hang mit den Vorgängen in China gebracht werden, um dadurch zu beweisen, daß die Arbeiter in systematischer Ausnutzung einer „Kollage des Vaterlandes“ gehandelt hätten. So sagt das genannte Blatt — und andre Scharfmacherblätter, wie die „Post“ etc., übernehmen das — am Schluß der Darstellung:

„Wer diese trodene Aufstellung überfliegt, wird die Gewissheit erlangen, daß den Streik-Registrieren auf die Wehrhülle des Vaterlands, auf dessen Wohl und Ehre Rücksicht zu nehmen nicht in den Sinn gekommen ist. Sie haben ruhig und friedlich bei Blohm u. Böh arbeitende Leute zur Niederlegung der Arbeit nur deshalb bewogen, weil die Arbeit an Schiffen der Americas Linie, die zum Truppentransport nach China bestimmt waren, vorgenommen werden sollte, während dieselben Agitatoren in der Presse wiederholt höhnend auf die Zwangslage der Werften hingewiesen haben. Sie haben also bewußt die Kollage des eigenen Vaterlands gefördert und zu ihren Parteizwecken ausgenutzt.“

Wir werden die Aufstellung nicht „überfliegen“, wohl aber werden wir sie untersuchen. Die Aufstellung bringt zunächst die ersten im Juni nach Europa gelangten Nachrichten über die Chinawirren in vollkommen willkürlicher Weise in Zusammenhang mit den Forderungen der Werftarbeiter. Einen solchen Zusammenhang zu konstruieren, ist schon deshalb unmöglich, weil Anfang Juni noch kein Mensch daran gedacht hat, daß sich Deutschland in das chinesische Abenteuer so forsch hineinmischen würde, wie es jetzt geschieht. Die Werftarbeiter konnten deshalb gar nicht auf den Gedanken kommen, daß sie durch Lohnforderungen die Abwendung von deutschen Truppentransporten erschweren könnten oder daß überhaupt aus dem China-Aventurier vernechte Arbeitsgelegenheit für sie entstehen konnte. Der Befehl zur Mobilmachung ist bekanntlich erst in der zweiten Hälfte des Juni erfolgt. Daß sich die Arbeiter durch die weitere Entwicklung der chinesischen Dinge nicht abhalten lassen konnten, ihre Forderungen zu verteidigen, ist ganz selbstverständlich, zumal sie von den Unternehmern geradezu brüskiert worden dadurch, daß man nicht einmal mit ihnen verhandeln wollte. Dazu kommt; daß thatsächlich schon im Juni die Mehrzahl der Werftarbeiter ihre Forderungen zurücklassen wollten und nur eine Anzahl Rietter der Reichsregierung die Forderung auf eine kleine Lohnaufbesserung aufrecht erhielten. Und diese geringe Anzahl Arbeiter hatte mit Arbeiten für Chinaschiffe gar nichts zu thun. Die erste Arbeitsniederlegung, eben die der genannten Rietter, erfolgte am 3. Juli. Folglich hat der ganze Kampf, soweit er sich im Juni abgespielt hat, mit dem chinesischen Abenteuer nicht den allergeringsten Zusammenhang. Es müßte denn sein, daß die Werftarbeiter die Situation schon vorher besser gekannt haben und daß sich deren brüske Haltung gegen die Arbeiter aus der Erwerbung großer Aufträge für China erklärt. Vielleicht, daß sie hofften, die Arbeiter in den Streik treiben zu können, um sich vor Konventionalstrafen zu schützen, die bei der Masse der erwarteten Aufträge zu befürchten war, daß sie nicht rechtzeitig liefern könnten.

Die Arbeitsniederlegung in den ersten Julitagen verzeichnet die Aufstellung der „Hamburger Nachrichten“ allerdings, ihre Ursachen, sowie den Umstand, daß sie mit Arbeit für China-Schiffe nichts zu thun hatte, verschweigt sie. Dem heißt es:

Zuli 4. Nachrichten der Niederlegung der Gesandtschaften in Peking.

Zuli 5. Schlosser und Schmiede der Hamburg-Amerika-Linie schließen sich den Streikenden an.

Verhältnissen wird, daß 10 Schlosser und Schmiede der Hamburg-Amerika-Linie entlassen wurden, weil sie sich weigerten, die Arbeit der streikenden Rietter zu machen und daß als Antwort auf die Maßregelung der zehn die übrigen Schlosser und Schmiede dieser Werft, 30 an der Zahl, die Arbeit niederlegten.

Die Aufstellung fährt fort:

Zuli 11. Blohm u. Böh erhalten den Auftrag, Arbeiten auf dem für den Truppentransport nach China bestimmten Dampfer „Cardina“ auszuführen, die Schlosser weigern sich zu arbeiten, am 20. Juli geht der Dampfer unfertig nach Wilhelmshafen.

Zuli 13. Blohm u. Böh erhalten den Auftrag, Arbeiten an dem für den Truppentransport nach China bestimmten Dampfer „Catalina“ auszuführen, die Arbeiter können nur teilweise ausgeführt werden, weil die Schlosser nicht arbeiten wollen.

Die wirklichen Vorgänge an diesen Tagen sind folgende: Mittwoch, 11. Juli, fand im „Patriotischen Hause“ eine Zusammenkunft zwischen den Vertretern der Werftarbeiter und den in Betracht kommenden Arbeiterausschüssen statt, in welcher der Wortführer der ersteren, Werftarbeiter Blohm, die zur Zeit auf den Werften ausländischen Arbeiter anforderte, die Arbeit wieder aufzunehmen. Gütig setzte der Herr hinzu, daß keine Maßregelungen stattfinden sollten. Am Schluß erklärte Herr Blohm, die Werften schließen lassen zu wollen, falls die Arbeiter nun nicht ebenfalls Entgegenkommen zeigen sollten.

Freitag, 13. Juli, begaben sich auf die Erklärung des Herrn Blohm hin, daß keine Maßregelungen stattfinden sollten, die Schlosser und Schmiede des Aktienbunds, die die Arbeit eingestellt haben, weil sie keine Streikbrecherarbeit verrichten wollten, nach ihrer Arbeitsstätte. Es wurde ihnen dort gesagt, daß sie sich im Bureau der Eisenindustriellen einen Schein holen müßten. Dieser wurde ihnen aber mit der Motivierung verweigert, daß die Scheine nur ausgestellt würden, wenn sich die ausländischen Rietter ebenfalls um einen solchen bewerben würden.

Die Schlosser und Schmiede wollten arbeiten, man ließ sie aber nicht arbeiten. Die Unternehmer behaupten jetzt frech, die Schlosser hätten nicht arbeiten wollen.

Unmittelbar auf die oben citierten Daten (11., 13. Juli) folgt in den „Hamb. Nachrichten“:

Zuli 21.—31. Weitere Arbeiten an Truppen-Transportschiffen nach China können von den Hamburgischen Werften des Streiks wegen nur mit den größten Schwierigkeiten und längerem Zeitverlust ausgeführt werden.

August 3. Der deutsche Kaiser nennt die Streikbeher Hamburgs vaterlandslose Agitatoren. Davor großer Lärm in der socialdemokratischen und der ihr geistesverwandten Presse. Die Tage vom 14. bis 20. Juli werden überhaupt nicht erwähnt. In dieser Woche aber verübten gerade die Unternehmer ihre brutalsten Gewaltthaten und nur dadurch brachten sie sich selbst in die Lage, daß die Arbeiter an den Transport-

Schiffen nur mit den größten Schwierigkeiten ausgeführt werden konnten.

Am 14. Juli werden circa 2500 Arbeiter ausgesperrt. Am 16. erfolgen abermals Aussperrungen. Die „Batavia“ bei der Hamburg-Amerika-Linie kann deswegen nicht fertiggestellt werden, weil man die daran beschäftigten Arbeiter zu Streikverarbeiten will. Die Arbeiter streikverarbeiten wollen und sie deshalb die Arbeit niederlegten. Indem also die Hamburg-Amerika-Linie ihre Arbeiter zu zwingen versuchte, für die Streikverarbeiten, die nicht für China bestimmt waren, zu verrichten, nur deswegen, um die Streikverarbeiten zu machen, brachte sie sich selbst in die Zwangslage, daß nunmehr die „Batavia“ liegen blieb. Die „Batavia“ wurde nun zu Blohm und Voß gebracht. Die Arbeiter von Blohm u. Voß weigerten sich selbstverständlich, ihren Brüdern von der Hamburg-Amerika-Linie in den Rücken zu fallen; sie leisteten keine Streikverarbeiten. Dafür werden bei Blohm u. Voß abermals ca. 500 Mann ausgesperrt. Das war am 18. Juli. Am 20. und 21. Juli werden wiederum ca. 800 Mann von verschiedenen Werften gemahregelt.

Das ist der wirtliche Sachverhalt und den verschweigen die Unternehmer, hoffend, daß das große Publikum die Darstellung eben nur „überfliegt“ und nicht prüft. Die Massenaussperrungen sind der Grund, weshalb die Arbeiter an den Truppen-Transportschiffen nur mit größter Schwierigkeit hergestellt werden können. Und warum alle diese Gewaltthaten? Weil etwa 100 Meier einen Lohnzuschlag von 5 Mk. per Stunde forderten. Das macht im ganzen Jahre etwa 15 000 Mk., eine Summe, die bei den an die Millionen heranreichenden Gewinnen dieser Unternehmungen gar nicht in Betracht kommt. Diese Gehaltssachen müssen festgehalten werden, dann kann kein Mensch, der nicht im Dienste der Hamburgischen Kapitalisten steht und ein Interesse an der Vertuschung der Wahrheit hat, zu einem andern Urteil kommen als dem:

Wenn irgend wer als Vaterlandslos zu bezeichnen ist, wenn irgend wer als ehrlos zu bezeichnen ist, wenn das harte Urteil des Kaisers auf irgend wen zutrifft, so sind es nur die Hamburger Schiffskapitalisten, niemals aber die Arbeiter. Diese haben nur von ihren gesetzlichen Rechten Gebrauch gemacht und sie haben ehrenhaft und in hohem Maße pflichtbewußt gehandelt, indem sie sich mit ihren Kollegen solidarisch erklärten.

Dienstagabend beschäftigten sich sechs öffentliche Versammlungen in Hamburg mit der Aussperrung und der Kaiserrede. Die Tagesordnung in allen Versammlungen lautete: „Die ehrlosen, Vaterlandslosen Gesellen!“

Leider ließ es sich, wie uns von dort berichtet wird, nicht ermöglichen, die Versammlungen des ganzen Städtekomplexes auf einen Abend zu arrangieren; so konnten für heute nur für die innere Stadt (in dem allbekannten Litzke'schen Lokal) und in den Vororten Elmshorn, Winterhude, Eilbek, Rothenburgsort und Wandsbek Versammlungen stattfinden, während für die Arbeiterviertel Barmbek und Hamm sowie für Altona erst Mittwoch und Donnerstag Lokale zu bekommen waren.

Tätiges Lokal, im Centrum Hamburgs gelegen, war schon um 8 Uhr angefüllt und um 8 1/2 Uhr, zu welchem Zeitpunkt die Versammlung beginnen sollte, mußte der Referent, Reichstags-Abgeordneter Dieß, auf Nebentreppen und über die Galerien zum Podium geleitet werden. Wohl 4000 Personen drängten sich in dem Saale, während draußen auf der Straße noch Hunderte dem Eingang zustrebten.

Nach einer Charakterisierung des Scharfmachertums und nach eingehender Darstellung der von den Scharfmachern beliebten Politik besprach der Referent, Genosse Dieß, die bekannte Kaiserrede, welche er auf unrichtige, wohl auch von interessierter Seite ausgehende Verdisterung zurückführte. Unter rauschendem Beifall schloß der Redner mit der Erklärung, daß der gegenwärtige Kampf, möge er enden wie er wolle, jedenfalls dem prologischen Unternehmertum gegen werde, daß der Arbeiter kein Sklave sei; und in dieser Weise werde trotz der Scharfmacher, trotz der Intervention des Kaisers die Aussperrung auch ihre Früchte tragen. In der sich anschließenden Diskussion wurde die Geschichte der Aussperrung eingehend erörtert und die Erwartung ausgesprochen, daß der deutsche Kaiser, nachdem die Lurichkeit seiner Informationen erwiesen, seine Ausführungen zurücknimmt.

Auch die übrigen fünf Versammlungen waren sämtlich überfüllt. In Eilbek sprach Reichstags-Abgeordneter Frohme vor 2000 Personen; in Winterhude der Genosse Henke vor 800 Personen. In Eilbek, wo Steinheber sprach, war der Saal überfüllt. 2500 Personen hatten sich in Rothenburgsort eingefunden, wo Fischer referierte. Überall gelangte folgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die Hamburger Arbeiterschaft weist mit Entschiedenheit die Behauptung zurück, es seien diejenigen Arbeiter, welche sich weigern, den Terrorismus der Unternehmer dadurch zu unterstützen, daß sie Arbeiten verrichten, welche von Streikenden oder Aussperrten liegen gelassen wurden, ehrlose und Vaterlandslose Gesellen. Sie erachtet es vielmehr als ein Gebot der Ehre und Pflicht eines jeden Arbeiters, den Arbeitskammeraden Solidarität zu zeigen und dem brutalen Terrorismus des Unternehmertums allzeit mit aller Kraft entgegenzutreten.“

Politische Ueberblick.

Berlin, den 15. August.

Die Chinabegeisterung flaut ab. Die Einberufung des Reichstags zu einer Chinatagung wird nun allgemein in der Presse aller Parteien gefordert. Die bürgerliche Presse fordert die Einberufung freilich nicht, um der verschleierten Kreuzzugspolitik energisch entgegenzutreten. Man fürchtet nur die wachsende Missstimmung des Volks ob der rückwärtsgehenden Außerkräftigung der Verfassungsmäßigen Rechte des Parlaments. Auch glaubt man die Gefahr einer noch weiteren Ausdehnung des Chinazugs beschwichtigen zu können.

Wenn in der Behandlung der Chinafrage die chauvinistische Raserei wenigstens etwas zur Besinnung zurückkehrt, so ist das fast ausschließlich das Verdienst der vielgeschmähten Kritik der Socialdemokratie.

Freiherr v. Ketteler.

Die Umstände, die zur Ermordung des deutschen Gesandten in Peking geführt haben, sind noch unbekannt. Wohl geeignet zur Aufklärung erscheint aber die Anklage des zur Zeit in Wien weilenden österreichischen Gesandten am Peking Hofe, des Freiherrn v. Czilam, der drei Jahre in Peking war und vor Ausbruch der Kruken seinen Urlaub nach Europa antrat. Freiherr v. Czilam sagte einem Interviewer folgendes über den Tod Kettelers:

„Ich nehme an, daß das tragische Vorkommnis auf ganz besondere Umstände zurückzuführen sei. Es wurde berichtet, daß Freiherr v. Ketteler sich zu Pferde zum Tsung-li-Yamen begeben habe. Dann ist es begreiflich, daß sein sehr bedauerlicher Tod als Folge des großen Rutes des deutschen Gesandten sich ergab. In so abnormen Zeiten mußte es eben verhängnisvoll sein, sich in den Straßen Pekings zu Pferde öffentlich zu zeigen. Daß er sich nicht in einer Kutsche zum Tsung-li-Yamen begab, mag wohl darauf zurückzuführen sein, daß er keine chinesischen Kostüme zu Hand hatte, welche die Säufte hätten tragen können. Hätte er sich in der Kutsche zum Tsung-li-Yamen begeben, wäre diese zumal mit Vorhängen versehen gewesen und der Junasse unsichtbar dem Pöbel geblieben, er wäre wohl

mit heiler Haut davongekommen. Denn auch die hohen Mandarinien lassen sich so in Säufte transportieren, und niemand der Postanten hätte ahnen müssen, daß ein anderer als ein Mandarin in der Säufte sei. Aber wie gesagt, sehr wahrscheinlich, daß Herr v. Ketteler in der revolutionären Stadt die Säufte, die Säufte, davon gelassen waren und er damit zu Pferde stieg.“

Freiherr v. Czilam spricht sich, wie sich versteht, sehr vorsichtig aus. Der „große Rute“ des deutschen Gesandten erscheint aber unter dem vom Freiherrn v. Czilam geschilderten Verhältnissen als Tollkühnheit und es ist dem österreichischen Gesandten begreiflich, daß solches Wagnis mit dem Tode enden mußte.

Steuerdefraudanten.

Die offiziöse „Berliner Korrespondenz“ sieht sich veranlaßt, zum Beweis der Notwendigkeit der sorgfältigen Prüfung der abgegebenen Einkommensteuer-Erklärungen aus dem Heft 40 der „Mitteilungen aus der Verwaltung der direkten Steuern im preussischen Staate“ interessante Stichproben des dort niedergelegten Materials zu veröffentlichen. Diese Publikation bedeutet wohl eine Antwort auf den seiner Zeit von uns erwähnten Sturmlauf des rheinischen Organs der „Repräsentanten von Bildung und Besitz“ gegen die jährliche Deklarationspflicht. Der Artikel der „Berl. Korresp.“ liefert wieder einmal den eindringlichen Beweis, daß gerade Erbpächter des Patriotismus, die angesehensten Stützen der Gesellschaft es ganz vorzüglich mit ihren Bürgerpflichten und ihren Ehrgefühlen vereinbaren können, den Staat durch enorme Steuerdefraudationen gründlich übers Ohr zu hauen. Dieselben Herren, die ins unerlöste Panzerkähne bewilligen und sich nicht die geringsten Strapazen machen, das Staatschiff in den Maststrom der abenteuerlichsten Weltpolitik hineinzusteuern, scheuen sich nicht vor den schäblichsten Pfaffen und Kniffen, um den Staat um die ihm gebührenden Steuerbeträge zu pressen. Um Steuern zu zahlen, dazu ist die misere contribuens plebs da; die Besitzenden machen sich ja schließlich nur um das Staatswohl verdient, wenn sie durch falsche Steuerdeklarationen den Umstürzern den Nachweis der schreienden Ungleichheit der Güterverteilung in dieser besten der Welten erschweren. Man versteht deshalb die Entrüstung der „Aölnischen Zeitung“ darüber, daß Herr v. Niquel dies staatsverhaltende Motiv der kapitalistischen Steuerhinterzieher nicht gebührend zu würdigen weiß.

Nach den erwähnten Mitteilungen sind von den im ganzen Staate 1899 abgegebenen 482 526 Steuererklärungen 120 894 oder 25,1 Proz. förmlich beanstandet worden. Außerdem sind noch vor der förmlichen Beanstandung 29 727 oder 6,2 Proz. der Steuererklärungen infolge der von den Steuerbehörden erhobenen Bedenken von den Steuerpflichtigen berichtigt worden. Von den förmlich beanstandeten haben 96 358 oder 79,7 Proz. zu einer Abänderung der Steuerangaben geführt, während nur 24 536 oder 5,1 Proz. derselben trotz erfolgter Aufsehung bei der Veranlagung unverändert geblieben sind. Im Berichtigungsverfahren sind 209 811 000 Mk. oder 28 Proz. mehr an steuerpflichtigen Einkommen und 7 160 000 Mk. oder 3,1 Proz. mehr an Einkommensteuer festgestellt worden.

Die 96 358 Steuerhinterzieher haben infolge der Beanstandungen durch die Steuerbehörden 7 160 000 Mk. mehr zahlen müssen, auf jeden Deklaranten entfällt also ein Mehrbetrag an Einkommensteuer von mehr als 70 Mk., was einem Einkommen in der mehrfachen Höhe eines Proletariereinkommens entspricht. Einige besonders drastische Fälle seien jedoch nach der „Berl. Korresp.“ wiedergegeben:

Ein Gewerbetreibender, welcher sein Einkommen für zwei Steuerjahre auf 13 041 Mk. angegeben hatte, während dasselbe in Wirklichkeit 66 264 Mk. betrug, führte neben den eigentlichen Geschäftsbüchern drei kleinere Bücher mit unrichtigen Angaben, lediglich zur Begründung der von ihm alljährlich erhobenen Einkommensteuer-Versühnungen. Er ist zu 11 984 Mk. Strafe verurteilt worden. Aehnliche Buchführungsmanöver sind wiederholt aufgedeckt worden.

Zwei Viehhändler wurden mit je 4000 Mk. Strafe belegt, weil sie in vier Steuerjahren 80 000 Mk. Einkommen zu wenig deklariert hatten.

Gegen zwei Bierbrauereien wurden Strafen von 30 000 und 25 000 Mk. verhängt, weil ihre Steuerangaben entsprechend hinter der Wirklichkeit zurückgeblieben waren.

Ein höherer Kommunalbeamter hatte sein Einkommen aus Kapitalvermögen auf 600 Mk. angegeben; tatsächlich war das Einkommen sechs mal so groß. Nach seinem Tode ist die Nachsteuer eingezogen worden.

Ein Rentier, welcher sein Einkommen aus Kapitalvermögen auf 14 200 bzw. 19 500 Mk. angegeben hatte, während es sich auf 65 314 bzw. 75 905 Mk. bezifferte, wurde zu einer Geldstrafe von 17 250 Mk. verurteilt.

Einem hochangesehenen Fabrikanten, welcher sich zuerst „mit Entrüstung“ gegen jede Beanstandung seiner Steuerdeklaration gewehrt hatte, wurde nachgewiesen, daß er in drei Steuerjahren nicht, wie von ihm angegeben, 142 000, sondern 197 000 Mk. Einkommen gehabt hatte. Er zahlte 20 800 Mk. Strafe.

Ein hochangesehener Weinhändler, welcher voller Entrüstung gegen die Anzeigung seiner Steuerangaben protestiert hatte, hat letztere mit Bewußtsein und Vorbedacht abweichend von den Angaben gemacht. Er hatte für 8 Jahre zusammen 590 000 Mk. deklariert, während sein wirkliches Einkommen über 1 Million betragen hatte. Gegen den Kontravententen sind zusammen 130 000 Mk. an Strafen festgesetzt worden.

Ein Rentier, der seine Einkommen aus Spekulationsgewinnen völlig verschwiegen und dadurch 447 099 Mk. der Besteuerung entzogen hatte, mußte 18 966 Mk. Nachsteuer und 14 000 Mk. Strafe zahlen.

Die Erben eines Bankdirektors, welcher mehrere Jahre hindurch je 140 000 Mk. zu wenig deklariert hatte, mußten 33 035 Mk. Nachsteuer zahlen.

So genügen die „Staatsverhaltenden“ ihren Pflichten dem Staate gegenüber! Und sicher ist die Zahl der Steuerdefraudanten ungemein viel größer, als durch die Ermittlungen der Steuerbehörden festgestellt werden konnte. Nur die indirekten Steuern lassen sich selbst durch die abgefeimtesten Manöver nicht hinterziehen, sie aber trägt in der Hauptsache das Proletariat.

Deutsches Reich.

Rangälteste Offiziere. Frankreich hat nun auch den Generalissimus Waldersee anerkannt. Die Form, in der die Anerkennung geschah, bestätigt, daß die Stellung Waldersees keine einflussreichere ist als sie stets bei gemeinsamen Unternehmungen von Truppen verschiedener Staaten dem rangältesten Offizier eingeräumt wird.

Eine offiziöse Mitteilung des Petersburger Regierungsboten“ beweist ferner endgültig, daß das deutsche Oberkommando nicht von den Mächten vorgeschlagen wurde, sondern durch deutsche Initiative zu Stande kam. Der „Regierungsbote“ sagt unzweideutig:

„Als unter den Mächten ein Meinungsauflauf über die beste Art der Einigung bezüglich der Operationen der internationalen Truppen stattfand, wandte sich Kaiser Wilhelm direkt telegraphisch an Kaiser Nikolaus sowie auch an alle interessierenden Regierungen und stellte den Feldmarschall Grafen v. Waldersee zur Verfügung, welchem in der Eigenschaft eines Oberkommandierenden die Leitung der Operationen der auf dem Kriegsschauplatz von Peshik konzentrierten internationalen Truppen übertragen werden könnte.“

Der Rücktritt Hohenlohes wird von einer Korrespondenz, die sich offiziöser Speisung rühmt, angeündigt. Aehnliche Nachrichten haben sich häufig als unwahr herausgestellt. Oder sollte nun das Bremen zu schwierig geworden sein? —

Weltreich und Weltkastei.

Der industrielle und kommerzielle Exportkapitalismus schwärmt in unentwegter Verzückung vom deutschen Weltreich. Das Organ der Hamburger Kaufmannsbourgeoisie, der „Korrespondenz“ gedankt begeistert der kaiserlichen Wegweisung bei der 25jährigen Feier der Verkündung des Deutschen Reichs:

„Unter Deutschen Reich ist ein Weltreich geworden. Tausende von deutschen Landesleuten wohnen in allen Teilen der Erde, deutsche Güter, deutsches Wissen, deutsche Betriebsamkeit gehen über den Ocean. An Sie also ergeht die erste Pflicht, dieses größere Deutsche Reich auch fest an das heimische anzugliedern.“

Der „K.“ spinn die Idee der Ausdehnung Deutschlands über alle Ozeane folgerichtig fort, um schließlich in das Kampfeshorn gegen die „verkehrs-, handels- und gewerbetreibende Politik“ der Agrarier, die das Werden des Weltreichs unterbinden, zu stoßen: „Dies „deutsche Weltreich“ ist für Leben und Gedeihen des deutschen Volkes so unentbehrlich geworden, daß es mit allen tauglichen Mitteln von der Staatsgewalt gestützt und gefördert werden muß. Zu seinem Schutze gehören auch die Streitkräfte zu Lande und zu Wasser, die Erwerbung und Ausbarmachung von Kolonien, die Anlage von Kohlenstationen und maritimen Stützpunkten. Hier geht das wirtschaftliche Interesse Hand in Hand mit dem politischen. Denn heutzutage ist kein Staat mehr eine wahre Großmacht, der nicht zugleich auch ein Weltreich hat. Und da Deutschland an räumlicher Ausdehnung und Ergiebigkeit seines fremden Besitzes weder mit Rußland noch mit Großbritannien, Nordamerika und Frankreich wettzueifern kann, so muß es doppelt bedacht sein, durch die Größe und den Wert seiner wirtschaftlichen Expansion sich als Weltreich zu behaupten. Diesen notwendigen Tendenzen, die der gewaltigen Vitalität (Lebenskraft) unseres Volkes entspringen, um die Worte des Grafen Sadow zu gebrauchen, arbeitet aber eine Politik entgegen, die Gewerbe und Handel in ihren Ergebnissen schädigen muß, so sehr die Vertreter dieser Politik gegen eine solche Absicht natürlich protestieren.“

Das ist die Stimme der Export-Exporten, die von großer Kapitalanlage im Auslande Nutzen erwarten und des Kaisers Weltmachtneigung gegen das handelsfeindliche Justerium ausnützen. Gewinnsucht hat diese gewichtigen Kaufherren blind gemacht, daß sie die Handelsfeindlichkeit der gepanzerten Weltpolitik nicht erkennen.

Um so verdächtig ist den Agrariern die Weltpolitik. Die agrarischen Blätter verkleinern nur mühsam ihre weltpolitische Abneigung hinter der Bereitwilligkeit, daß allerdings „die deutsche Ehre“ in China gewahrt werden müsse. Die Unabhängigen aber unter den Agrariern, die nach Hofes Gunst nichts fragen, zeigen offen ihre Abneigung gegen das Weltreich. In einer Broschüre, „Der Bund der Landwirte, die konservativen Partei und die nationale Politik“, fordert Freiherr v. Helmolt auf Jacobsohn die Landwirte auf, sich von der konservativen Partei loszulösen, die „keine die politischen Gesichtspunkte der höchsten, gouvernementalen, bürokratischen, militärischen und gesellschaftlichen unterordnet“, die sich auch von der Weltpolitik ins Schlepptan haben nehmen lassen. Von der Weltpolitik will aber der Agrarier nichts wissen; der überseeische Handel und die Exportindustrie, das seien Nebensachen. Der agrarische Russer im Streit fordert seine Standesgenossen auf, gegen die Flottenvermehrung sich zu erheben, und der Gang nach China endlich ist ihm in der Seele zuwider, in welcher Empfindungen ihm das „Deutsche Adelsblatt“ zur Seite tritt. Dies Adelsorgan sagt in seiner Beipredung der „Aölnischen Schrift“:

„In einer vom Juli 1900 datierten „Kochscheit“ warnt der Verfasser endlich davon, in dem inzwischen ausgebrochenem Streit mit China wirtschaftliche Interessen zu verfolgen. Er meint, Deutschlands wirtschaftliches Interesse an China sei gleich Null, wenn man erwäge, daß der China-Handel noch nicht den hundertsten Teil des deutschen Außenhandels ausmache, und am Außenhandel überhaupt nur ein ganz geringer Bruchteil der 53 Millionen Deutschen beteiligt sei. Das Ziel der deutschen Politik China gegenüber dürfe nur sein, Sühne für die gegen Deutschlands Ehre gerichteten Attentate zu erlangen. Die Expedition gegen China wird aber etwas kostspielig werden, auch wenn sie sich auf das vom Verfasser angegebene Ziel beschränkt. Deutschland wird wünschen, daß China ihm seine Expeditionskosten ersehe. Dementselben Wunsch werden die andern Staaten haben, die sich zur Wiederherstellung und Erhaltung der Ordnung im Reich der Mitte in Kosten gestürzt haben. China wird daher wahrscheinlich sehr bald der Schuldner Europas, Amerikas und Japans werden und dann wird Deutschland ein unbefristbares wirtschaftliches Interesse an den chinesischen Schulden haben. Es wird sich dann nämlich fragen, ob China seine Schulden wird bezahlen können und bezahlen wollen. Bekanntlich giebt es sogar unter den europäischen Kulturstaaten einige, die ihre Finanzen durch Staatsbankrott zu verbessern verstanden haben. Wenn China diese Kulturstaaten sich zum Vorbild nähme?“

Das ist nicht die rechte Begeisterung für das „größere Deutschland“, die dem Deutschen eigen sein soll, wenn er nicht zu den „Vaterlandslosen Gesellen“ gehören will. Hier weicht der Traum vom schäbigen Weltreich dem Bangen des dräuenden Weltkastes. Und nicht nur der biedere Landwirt, des Staates beste Stütze, selbst der hohe Adel weiffert also in „Vogelfreundlichkeit“ mit dem weltpolitischen „Unverstand der — Socialdemokratie!“ —

Kaiser-Reden. Die „Tägliche Rundschau“ ist unwillig über die Veröffentlichung der Ansprache des Kaisers an die Offiziere durch ein „unparteiisches“ Sensationsblatt:

„Rügen kann die Rede gar nichts; denn sie hatte ihren Zweck erfüllt, als sie verklingen war, was offenbar nichts anderes, als eine ungezwungene Aussprache, bei der der Kaiser um so mehr aller Sprachdiplomatie entraten zu können glaubte, als er sich im Kreise deutscher Offiziere, also von Kameraden“ befand. Daß er in seiner Vertrauensseligkeit so weit ging, diesen Offizieren die Ziele seiner Politik darzulegen, entspricht ebenso sehr seiner impulsiven Art, wie seiner hohen Auffassung des Offiziersstandes. Daß dieses Vertrauen, wenn auch natürlich ohne schlimme Absicht, nicht voll gerechtfertigt wurde, ist betäubend und noch betäubender ist es, daß die Angehörigen jenes Offiziers mit der vertraulichen Ansprache des Kaisers ein Zeitungsgeschäft machen zu dürfen glaubten. Den härtesten Adel aber verdient ein Blatt, das eine Kaiserrede, die von folgenreichster Bedeutung für die gesamte nationale Politik ist, veröffentlicht, ohne anscheinend mehr zu erwägen, als die große Zugkraft dieses neuen Schlagers. Das öffentliche Bedürfnis nach Kaiserreden ist in der letzten Zeit mehr als genügend gesättigt worden, und wir haben, obwohl wir den kaiserlichen Worten durchaus zustimmen konnten, oft an die Worte gedacht, die die Ägypter beim Fest des Harpocrates durch die Straßen riefen: Sonne im Gesicht, Sonne im

England; aber es wird des Guten zu viel, wenn zu den öffentlichen Kriegeren nun noch die nichtöffentlichen kommen sollen, die Amerikabörsen und gelegentlichen Scherze, die der Kaiser um sich freit. Wenn diese nun auch noch alle aufgezählt und dem Auslande unterbreitet werden sollen, so entsteht aus diesem neuesten Zeitungstrik eine Schädigung unzerbrechlicher Beziehungen, die schwerer gutzumachen als zu verurteilen ist."

Die Mahnung, sich zu organisieren, die der Parteivorstand in einem jüngst im "Vorwärts" veröffentlichten Bericht an die Arbeiter richtete, wird von einem Blatt unterschrieben, dem man sonst nicht gerade propagandistische Unterstützung der Arbeiterorganisationen nachsagen kann. Die "Köln. Ztg." bemerkt nämlich:

"Der Bericht geht zu, daß die günstige Geschäftslage in den meisten Industrien eine bessere Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen gestattet hat, und er gebt lobend der allerdings nicht immer zutreffenden Tatsache, daß die Arbeiter, ehe sie in den Ausstand traten, es versucht hätten, sich auf gütlichen Wege mit den Arbeitgebern zu einigen. Die zur Zeit minder günstige wirtschaftliche Konstellation scheint dem Bericht Besorgnis darüber einzuführen, ob sich die Löhne auf dem gegenwärtigen Stand werden halten lassen, und die Arbeiter wurden ermahnt, sich straff in Organisationen zusammenzufassen, um einem Versuch der Arbeitgeber auf Herabsetzung der Löhne entgegenzutreten zu können. Es ist sehr interessant, daß selbst den Socialdemokraten Zweifel aufsteigen, ob die Löhne auf der gegenwärtigen Höhe dauernd zu halten sind. Sollten die Verhältnisse anhaltend schlechter werden, so werden die Arbeitgeber allerdings sich die Frage vorlegen müssen, ob sie, ohne sich zu ruinieren, die alten Löhne weiter bewilligen können, und es wird sich dann herausstellen, ob die alte Theorie recht behält von der Regelung der Löhne nach Angebot und Nachfrage, oder die neue Theorie der Socialdemokratie, die die Lohnbewegung nur als eine ununterbrochene steigende Scala betrachtet, ihr Sinken aber nicht zulassen will."

Wenn etwas, so wird die Ankündigung des rheinischen Unternehmerorgans, daß die Herren Unternehmer bei Eintritt der sich bereits ankündigenden mageren Jahre zur Sicherung der während der fetten Jahre eingebehaltenen Riesengewinne die unangenehmen Folgen der kapitalistischen Schwundelblüte in Gestalt von Lohnreduktionen auf die Arbeiter abwälzen werden, diese veranlassen, ihre Organisationen dezent zu kräftigen, daß sie auch während kritischer Zeiten die lebenswichtigen Absichten der Unternehmer durchsetzen können. —

Ueber die Versteigerung landwirtschaftlicher Güter schreibt der Bericht der Bromberger Handelskammer über das letzte Jahr:

Gegenüber der ankündigenden Nachfrage nach Gütern übten die Besitzer infolge der stetigen Preissteigerungen eine bemerkenswerte Zurückhaltung oder stellen so hohe Forderungen, daß dadurch die Abschlüsse sich erschwerten. Es wurde beispielsweise das Rittergut Wierzhoslawice, das vor drei Jahren für 880 000 M. oder mit 480 M. pro Morgen erkauft worden ist, im August 1899 mit 808 000 M. oder mit 550 M. pro Morgen verkauft. Das Rittergut Großendorf brachte 540 M. pro Morgen, das Gut Dalkowo 480 M., das Gut Reufsch, das 1892 126 000 M. kostete und 1895 156 000 M. brachte, wurde 1899 für 196 000 M. verkauft. Es wird berichtet, daß die intensivere Wirtschaft 25 bis 30 Proz. höhere Getreideerträge als vor sechs Jahren bringt, und daß die Erzeugnisse der Viehzucht und Milchwirtschaft einer stetigen Preissteigerung unterliegen.

Zufachgen, die die Strohbindenden natürlich nicht abhalten, aber die unerhörte Begehrtheit der Landproletarier zu zernern und beim Abschluß der neuen Handelsverträge in Gestalt erhöhter Getreidepreise die Wucherrechnung für die Bewilligung der Panzerlöhne zu präsentieren. —

Eine neue „Pachtung“ befürworten die „Berl. Neuesten Nachrichten“ des Herrn v. Krupp. Diesmal soll Deutschland eine Kohlenstation erwerben, deren es bei seiner Politik der Weltumspannung dringend bedürfe. Das Blatt schreibt:

Soll Deutschland, obgleich sich die Frage immer energischer gerade jetzt wieder aufdrängt, sich die letzte gute Gelegenheit, eine solche Station zu begründen, entgehen lassen? Westlich und südlich des Kap Gardafui finden sich geeignete Häfen, welche sich vortrefflich als Schiffshafensstationen eignen. An dieser Küste besaß Deutschland im Jahre 1885 durch die Hörned- v. Andertenischen Verträge Besitztitel. Dieselben sind infolge der Stellungnahme des auswärtigen Amtes im Jahre 1889 hinfällig geworden durch die Erklärung, daß das Reich überhaupt nicht in der Lage sei, ein Protektorat über die Gebiete der Somaliküste zu übernehmen, weil bei dem kriegerischen Geist und dem Fanatismus der Somali ein Protektorat über dieselben nur durch große militärische Machtmittel aufrecht zu erhalten sein würde und die hierdurch verursachten Kosten zu den zu erwartenden Handelsvorteilen in keinem Verhältnis stehen würden. Deutschland ließ es deshalb ruhig geschehen, daß England und Frankreich sich am Golf von Aden gegenseitig mit ihren Interessensphären festlegten und daß Italien durch neu abgeschlossene Verträge das ganze südliche Somaliland unter seine Protektion stellte. Damit wurden die Besitzrechte der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft auf diese Territorien hinfällig. Ueber die Gebiete nördlich der italienischen Interessensphäre, also nördlich des Kap Beudin bis an die englische Interessensphäre Vender Sijada, enthält der mit dem Sultan Jusuf Ali abgeschlossene italienische Vertrag nur die Klausel, daß dieser Sultan sich verpflichtet, hinsichtlich dieses Gebietes mit keiner andern Macht Verträge abzuschließen. Wenn Deutschland auch aus dem Hörned- v. Andertenischen Vertrag auf das Sultanat Adua keine Besitzrechte mehr herleiten kann, weil seit 1890 auch die deutsche Privatinitiative keine Erfolge mehr dort aufweist, so erscheint die Forderung Deutschlands an Italien nicht unbillig, einen geeigneten Hafen, sei es Allula oder ein anderer Platz, in diesem Gebiet als Kohlen- und Schiffshafensstation zu erlangen, zumal Italien bis jetzt noch keine Anlage irgendwelcher Art dort gemacht hat. —

Zu Anbetracht der großen Wichtigkeit dieser Angelegenheit sollte das auswärtige Amt Mittel und Wege finden, auf eine geeignete Weise unserer deutschen Kriegs- und Handelsflotte einen Stützpunkt zu schaffen, der uns Deutsche unabhängig von fremdem Wohlwollen in den dortigen Gewässern macht.

Wenn Italien nun aber Schwierigkeiten macht? Wahrheitslieblich hält das Kruppische Organ einen sanften Wink mit der gepanzerten Faust für hinreichend, um es gleich China zu einer Gebietsabtretung zu veranlassen. Uebrigens sind die „Berl. Neuesten Nachrichten“ recht bescheiden, wenn sie vorläufig erst ein neues Glied für die weltumspannende Kette verlangen. —

Ein Ausspruch des Politikers Virchow wird bei denjenigen nachhaltigen Schätzeln des Kopfes hervorgerufen, die in dem berühmten Begründer der Cellularpathologie auch ein politisches Licht zu erblicken gewohnt waren.

Der Pariser Mitarbeiter der hiesigen demokratischen „Volkstimme“ hat nämlich mit dem Abgeordneten Virchow über den Völkerrfrieden gesprochen und von ihm folgende Auskunft erhalten: „Die internationale Friedenspropaganda, du lieber Himmel! Einmal habe ich mich ja auch an ihr beteiligt, zur Zeit aber habe ich gar kein Vertrauen. Es nützt nichts! In früheren

Zeiten bekämpften sich die Regierungen, während die Völker den Frieden ersehnten, jetzt sind die Regierungen für den Frieden, aber die Nationen wollen ihn nicht!“

Virchow hat in der edlen Naivität des unentwegten Fortschrittmanns das Jarenmanifest und den Haager Kongresswandel für lauterer Ernst genommen, während ihm als politischen Vorkämpfer des Vaters der Sparagmes die gewaltigen Friedensumgebungen des internationalen Proletariats völlig entgangen sind. Der amerikanisch-spanische Krieg, der Borenkrieg, der chinesische Krieg, die den War Antlen, Chamberlain, kurz den Regierungen durch den Kriegsanatismus des Volks aufgezwungen worden! Uebrigens hat Virchow schon einmal eine Probe seiner originellen Auffassung der Dinge gegeben: damals, als er nach einer Studienreise durch Rußland die Zustände in den russischen Krankenhäusern und Gefängnissen in der enthusiastischsten Weise als geradezu muster-gültig pries. —

Kein verunglücktes Experiment? Der auch von uns erwähnten Meldung von dem verunglückten Experiment mit dem Panzerkreuzer „Hagen“ wird folgendes offiziöse Dementi entgegen gesetzt:

„Die wir durch Einziehung von Erfindungen am maßgebender Stelle in Erfahrung gebracht haben, hat der „Hagen“ bisher noch keine einzige Probefahrt abgehalten. Alle Nachrichten über Probenfahrten des mit ihm vorgenommenen Umbaus sind also müßige Kombinationen. Selbst wenn sich bei den Probefahrten später eine geringe Verminderung der früheren Höchstgeschwindigkeit herausstellen sollte, was sich aber mit Sicherheit nur aus praktischen Versuchen ergeben kann, so ist damit in keiner Weise bewiesen, daß der Verlust, der mit der Verlängerung des Schiffs gemacht ist, mißglückt ist. Es ist nicht der Zweck dieses Versuchs, größere Geschwindigkeit zu erzielen, sondern größere Kohlenfahrräume zu schaffen und andre Verbesserungen zu ermöglichen. Der Umbau des „Hagen“ ist zunächst verschoben, um die Probefahrtresultate des „Hagen“ abzuwarten und um danach die zum Umbau der Küstenpanzerkreuzer erforderlichen Mittel bei den geichgehenden Faktoren anzufordern.“

Sehr zuverlässig und überzeugend klingt dies Dementi gerade nicht. Die Möglichkeit der Verminderung der Geschwindigkeit wird sogar zugegeben. Als Zweck des Umbaus wird die Schaffung größerer Kohlenräume angegeben. Der größere Kohlenvorrat soll den Aktionsradius des Schiffs vergrößern, der Aktionsradius hängt aber auch ganz wesentlich von der Geschwindigkeit eines Schiffs ab. Der durch die Aufnahme des größeren Kohlenvorrats geschaffene Vorteil könnte deshalb durch die Verminderung der Geschwindigkeit leicht wieder paralysiert werden, ganz abgesehen davon, daß auch bei einem Küstenverteidigungsfahrzeug die Geschwindigkeit keineswegs eine so unwesentliche Sache ist. —

Eine recht unnütze Moralpredigt enthält der Handelskammerbericht des Vorkämpfers. Die Ermahnung ist natürlich nicht an die Grundbesitzer und Aktionäre gerichtet, die mit Waghagen die fetten Dividenden schluden, die ihnen ihr „Eigentum“ abwirft, sondern an die Vergarbeiter, denen man wieder wie gewöhnlich den Wehrdienst der letzten Zeit vorrechnen, um dann zu salubern: „Als eine unerlässliche Begleiterscheinung muß aber die Abnahme der Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters bezeichnet werden. Auch im Interesse der Arbeiter ist das zu beklagen, die auf diese Weise den Fehler begehen, eine für sie günstige Konjunktur nicht voll auszunutzen. Es kommt hier wie auch in Bezug auf das viele Feiern an den Montagen und den Tagen nach den Lohnungen die große wirtschaftliche Unreife eines erheblichen Teils unserer Arbeiterbevölkerung zum Ausdruck.“ Die Arbeiter schänden also den Herren noch nicht genug: „Je höher der Lohn steigt, desto fauler werden sie“, dieser Vorwurf bleibt ihnen nicht erspart. Er ist absurd angesichts der Riesengewinne, welche die Grundbesitzer und Aktionäre aus dem Schweige der Arbeiter münzen. Allerdings kommt es jetzt auf allen Rechen vor, daß manche Tage eine Anzahl Vergarbeiter „willfürlich“ feiern, dafür muß aber jeder wenigstens 1—2 M. Strafe obendrein bezahlen. Und warum feiern sie? Nicht aus Uebermut oder Arbeitslust, sondern weil ihnen selbst die achtstündige tägliche Schicht so zuwagt, daß sie manchmal einen Tag aussetzen müssen, um sich zu erholen. Viele müssen aber gezwungene Ueber- und Doppelschichten verfahren; sie erschöpfen dabei ihre Kräfte so, daß sie schließlich einmal „willfürlich“ zu feiern gezwungen sind. Die Vergarbeiter ist keine Sieria und mit der Coupon-schere läßt sich keine Kohle losbrechen. Ueberhaupt ist das Neben von der Abnahme der Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters nur eine Fiktion. Die Durchschnittsberechnung nach der Lohnerhebung stimmt schon lange nicht mehr, je höher die Produktion in Coals- und Briquets steigt und je mehr Arbeiter dabei beschäftigt werden, die bei solchen Berechnungen mit unter die wirklichen Vergarbeiter gerechnet werden. —

Moralische Eroberungen. In einem Blatte lesen wir in einer Korrespondenz aus Posen:

„Vollständig ist nach Beendigung der diesjährigen Sommerferien in der Stadt Posen an allen Mittel-, Bürger- und Volksschulen der bisher den Polen in polnischer Sprache erteilte Religionsunterricht — die Unterstufe ausgenommen — aufgehoben worden, so daß jetzt auch die polnischen Kinder den Religionsunterricht in deutscher Sprache erhalten. Auch in den privaten höheren Töchterschulen der Stadt Posen wird von jetzt ab den polnischen Schülerinnen der bisher in polnischer Sprache erteilte Religionsunterricht deutsch erteilt werden. — Polnische Blätter melden, daß demnächst hier bei polnischen Gymnasien und Realschulen, die in Posen in Pension sich befinden, Revisionen ihrer Wohnungen, Bücher usw. erfolgen sollen. An den Gymnasien in Fraustadt, Arcotchin usw. sind bei polnischen Schülern bereits derartige Hausdurchsuchungen vorgenommen worden.“

Es fehlt nur noch, daß man die Kinder gewaltsam den Eltern entreißt und in geeignete deutsche Lehranstalten steckt — für die männlichen Geschlechter wären eventuell die Unteroffiziers-Schulen sehr passend — um das Preuzentum zur idealsten Blüte zu bringen. —

Ausland.

Holland.

Revision des Zolltarifs. Die Regierung hat einen Gesetzentwurf eingebracht betr. Revision des Zolltarifs. Der allgemeine fiskalische Charakter des gegenwärtigen Tarifs wird beibehalten. Es wird ein Normalzoll von 6 Proz. für fertige Fabrikate, ein gemäßigter für Halbfabrikate vorgeschlagen. Der Zoll für Cigaretten soll 6 Proz. betragen.

Frankreich.

Disciplinierter Offizier. Wie der „Mappel“ meldet, ist Oberst Vonzon, der kürzlich strafweise nach Algier versetzt wurde, jetzt, nachdem er ein neues Vergehen gegen die Disziplin begangen, zur Disposition gestellt worden. —

Italien.

Crispi Sproh. Der Advokat Luigi Crispi, des ehemaligen Ministerpräsidenten Crispi Sohn, ist in diesen Tagen vor dem römischen Appellhof im Abwesenheitsverfahren zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er hatte seiner um gut 20 Jahren älteren Geliebten, einer Gräfin Cellere, Schmuckstücken im Wert von 80 000 Lire gestohlen und war flüchtig geworden. Seine Verbrechenslaufbahn begann Crispi damit, daß er vor halb 10 Jahren die amtliche Ausgabe der Gesetze und Verordnungen des Königreichs Italien in 24 prächtvollen Bänden, Eigentum des Ministeriums des Innern, „entlieh“ und dann an einen Antiquar für 120 Lire verkaufte. Vater Crispi mußte diese Bücher für 800 Lire zurückkaufen, um einen Skandal zu verhüten. Ueber den Fluchling Luigi berichtet die in Rio de Janeiro erscheinende Zeitung „Italia del popolo“: „Der Sohn des italienischen Staatsmanns war seit drei Monaten Gast im Hause eines Italiensers, der ihm Lebensunterhalt, Wohnung und Kleidung verschaffte; denn die 200 Lire monatlich, welche das Haus

Florita ihm im Auftrag des Vaters auszahlte, verpielte er; auch machte er Schulden. Dieser Tage ist er nun durchgebrannt und hat das Weib seines Caffeehändlers mitgenommen; die pflichtvergessene Frau ist Mutter von zwei Kindern. Kurze Zeit später ließ er seine Geliebte in einem weitverlassenen Ort feige hängen.“

Rußland.

Als ein „elementares zerrüttendes Unglück“ für Sibirien bezeichnet die „Kossija“ den Ausbruch des Kriegs mit China. Das Blatt schreibt:

„Man hat Sibirien plötzlich eine Rolle zu spielen zugewiesen, an welche es nie gedacht hat und zu welcher es darum auch unvorbereitet war. Sibirien mußte in eine kriegerische Thätigkeit eintreten, dieses Sibirien, welches schon ohnehin gegen einen Haufen von kommunalen Räten zu kämpfen hat. Durch die kriegerischen Aktionen mit China werden die Räte Sibiriens noch sehr verhärtet. Dieses Jahr ist das große Ostgebiet Rußlands vom Getreidemehrwach betroffen worden und das, an sich ein schwerer Schlag für die Oekonomie des Landes, ist in Verbindung mit den durch den Krieg hervorgerufenen Komplikationen schon als ein elementares, zerrüttendes Unglück anzusehen. Die Administration Sibiriens ist vollauf mit dem Transport des Kriegsmaterials und der Truppen beschäftigt und ihr bleibt keine Zeit, sich mit Volkserpflanzungsarbeiten zu befassen. Das Volk muß vorläufig seinem Schicksal überlassen bleiben. Die sibirische Zeitungen melden, ist die Administration sogar nicht im Stande, für die Ueberfelder zu sorgen, welche infolge des bekannten Befehls des Ministers des Innern betreffend die Sibirien des Ueberfeldungs-Transportes auf der Reise aufgehalten werden mußten. Nur ein Viertel der Ueberfelder konnten in den Ueberfeldungspunkten in den Baracken untergebracht werden, die übrigen zerstreuten sich längs der Eisenbahnlinie und lagern unter freiem Himmel, wobei es ihnen an Verpflegungsmitteln mangelt. Das europäische Rußland muß dem Volk in Sibirien die Hand zur Hilfe bieten oder sonst werden die Kräfte dieses Gebiets auf längere Zeit gelähmt.“

Der Friedensgott, der in seinem Manifest die furchtbaren wirtschaftlichen Schädigungen der kriegerischen Politik so ergreifend zu schildern verstand, hat sich gleichwohl nicht abhalten lassen, durch seine asiatische Eroberungspolitik über einen Teil seines Landes ein „elementares, zerrüttendes Unglück“ heraufzubefehlen. Der Fall ist bezeichnend für das Wirken der gekrümmten Friedensfreunde. —

Afrika.

Vom Boeren-Krieg. De Wet scheint auch diesmal glücklich entklimpt zu sein, wenigstens liegt keinerlei Nachricht über neue Befehle der zu seiner Umzingelung entsandten Generale mit seiner Truppe vor. Die beiden eingegangenen zur Stunde vorliegenden Telegramme lauten:

London, 15. August. „Daily News“ melden aus Pretoria von gestern, die Kolonne des Oberstleutnants Hoare, welche bei Glandriver gefangen genommen sein sollte, befände sich mit allen ihren Vorräten in Sicherheit. Sie habe einige Verluste gehabt.

London, 15. August. „Daily Telegraph“ melden aus Pietermaritzburg, daß die Boeren die Telegraphenlinie sieben Meilen von Newcastle abgebrochen haben. Der englische Vorposten hatte diese That nicht bemerkt und auch die Urheber derselben nicht ausfindig machen können. —

Ueber die englische Kriegsführung entrüstet sich die „Leipziger Zeitung“. Sie schreibt:

„Man lese nur einmal die folgende Nachricht, die der Berichterstatter des „Standard“ — gleichfalls mit der Genehmigung des Censors — unter dem Datum vom 9. August von Pretoria meldet: „Die Boeren“ so telegraphiert Mr. Angwell, „schossen gestern bei Bronkurst auf einen Eisenbahnzug auf der Strecke zwischen Pretoria und Middelburg. Zwei der im Zuge befindlichen Leute wurden verwundet. In Gemahtheit des von Lord Roberts erlassenen Befehls wurden alle Farmen innerhalb eines Radius von zehn Meilen niedergebrannt.“ Es ist unglücklich! Zwei oder drei Boeren feuern auf einen Militärzug — wozu sie als Kriegsführende völlig berechtigt sind — und jedes Farmhaus, das im Umkreise innerhalb einer Entfernung von vierzehn Kilometern liegt, wird sofort in Flammen übergeben! Die Engländer der Reuzzeit erimmen sich nicht mehr an die Worte, die einst William Pitt, Graf v. Chatam, sprach: „Wenn ich, anstatt Engländer zu sein, Amerikaner wäre, so würde ich, so lange eine feindliche Truppenmacht in meinem Vaterlande gelandet wäre, niemals die Waffen niederlegen, nein, niemals — niemals!“ Das Recht, welches der große Pitt den Amerikanern zusprach, haben auch die Boeren. Es giebt kein Kriegsgesetz, welches den Verteidigern eines Landes verweigert, auf einen Militärzug der Eindringlinge zu schießen. Daß der Oberbefehlshaber des britischen Heeres wegen einer That, die nach dem Kriegsbrauch zivilisierter Völker kein Vergehen ist, Wache nimmt an Frau und Kindern, ihnen die Heimstätten niederbrennen läßt und sie im kalten Winter hinaustreibt in das offene Feld, — das ist über alle Maßen grausam und ungeheuerlich.“

Wir wollen die Brutalitäten der Engländer wahrhaftig nicht beschönigen, allein ist die Kriegsführung der Mächte in China, wo kein Pardon gegeben wird, nicht noch viel grausamer und ungeheuerlicher?

Partei-Nachrichten.

Politikales, Gerichtliches usw.

Ueber die neueste Errungenschaft auf dem Gebiet der Socialisten-Verleumdung schreibt man uns aus Posen:

„Das hiesige Arbeitersekretariat steht jetzt unter Polizeiaufsicht. Am Sonntag früh erschien ein Polizeibeamter, um die eventuell stattfindenden Versammlungen“ unmöglich zu machen. Am Montagabend wiederholte sich der Besuch und das soll so fortgesetzt werden. Daß man diese Verjagung als eine Errungenschaft der deutschen Freiheit betrachtet, wird wohl selbst die hiesige Polizei nicht glauben. Die Zukunft wird ja nun lehren, wer Sieger bei diesem Kampf bleiben wird — die Polizei oder die Socialdemokratie. — Ferner wird durch ein Schreiben des Polizeipräsidenten v. Hellmann dem Genossen Gogowski eine Strafe von 100 M. event. 10 Tagen Haft angedroht, wenn im Lesezimmer des Sekretariats Versammlungen abgehalten werden sollten.“

Man sühnt sich in die schönsten Zeiten des Socialistengesetzes zurückversetzt, wenn man so etwas hört.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Fliesenleger vor dem Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts.

Das Einigungsamt trat gestern vormittag unter dem Vorsitz des Gewerbegerichts v. Schulz in Sachen der Fliesenleger zusammen. Als Beisitzer der Arbeitgeber fungierten Ingenieur Bernhard und Fabrikant Börner, als Beisitzer der Arbeitnehmer Maurer Herzlich und Former Aörsten. Ferner sind als Vertrauensmänner beauftragt: von den Arbeitgebern Maurermeister Westphal und von den Arbeitnehmern Maurer Kater. Fliesenleger Keller und Pfister begründeten zunächst die geforderte Lohnerhöhung, insbesondere auf Grund der außerordentlichen Steigerung der Lebensmittelpreise, Wohnungsmieten, Heizungsmaterial etc. und verweisen darauf, daß die Thätigkeit der Fliesenleger in den letzten Jahren eine viel intensivere als früher geworden ist. Wie weiter ausgeführt wurde, ist die Fliesenlegerarbeit auch nicht nur sehr anstrengend, sondern im hohen Grade gesundheitschädlich, so daß eine Verkürzung der Arbeitszeit als völlig gerechtfertigt erscheinen muß. Die Redner bemerkten noch, daß den Unternehmern die Forderungen lange vor dem Ausstand unterbreitet worden sind und sie bei einigem guten Willen

durch entsprechendes Entgegenkommen den langen Kampf hätten verhindern können.

Der Inhaber der Firma Rosenfeld, Herr Guhlert, führte demgegenüber an, daß die Arbeitgeber die Verhandlungen ablehnen müßten, einmal, weil die früheren Abmachungen noch gültig waren, andererseits aber weil die Forderungen zu hoch, der Willigkeit nicht entsprächen und besonders die später aufgestellten Bedingungen ungerechtfertigt erschienen. Trotzdem seien sie bereit, Angelegenheiten zu machen, und zwar sollte in Zukunft der Lohn sich nach dem der Maurer richten, zu dem ein prozentualer Zuschlag für die Fliesenleger festgelegt wird. Herr Zinneke (Vertreter der Firma Willerow u. Koch) giebt sodann eine Lohnaufstellung zur Kenntnis, nach der der Jahresverdienst der Fliesenleger 1800 bis 2400 M. beträgt, und behauptet, daß die ganze Lohnbewegung nur von einzelnen Elementen inficieren und die übrigen Arbeiter gegen ihren Willen in den Streik gedrängt worden sind.

Die Arbeitervertreter bestritten entschieden die Richtigkeit dieser Lohnaufstellung, in der einzelne Arbeiter mit 810 und 823 Arbeitstagen figurieren, und erinnerten daran, daß ein großer Teil der ca. 250 Fliesenleger nur 80 Wochen im Jahre beschäftigt wird und kann einen Durchschnittsverdienst von 1400 M. erzielen. Nach längerer Debatte über die einzelnen in dem Tarif enthaltenen Positionen zog sich das Einigungsamt zurück. Nach mehrstündiger Beratung — die gesamten Verhandlungen nahmen 11 Stunden in Anspruch — unterbreitete das Einigungsamt den Parteien folgende Vor schläge:

1. Der Stundenlohn beträgt bei neunstündiger Arbeitszeit für die Arbeitnehmer, welche als Fliesenleger tätig sind, durchschnittlich: in 1. Jahre 70 Pf. pro Stunde, im 2. Jahre 72 1/2, vom 3. Jahre ab 75 Pf. Vom 1. April 1901 erhalten diejenigen, welche mindestens 6 Jahre als Fliesenleger tätig sind, einen Stundenlohn von 77 1/2 Pf.
2. Die Arbeitszeit beginnt um 7 Uhr morgens und dauert bis 6 Uhr abends. Pausen sind a) von 9 bis 9 1/2 Uhr vormittags, b) von 12 bis 1 Uhr mittags, c) von 4 bis 4 1/2 Uhr nachmittags.
3. An den Sonntagen wird eine Stunde früher wie gewöhnlich, an den Vorabenden vor den hohen Festtagen (Weihnachten, Ostern, Pfingsten) zwei Stunden früher wie unter 2. festgesetzt ist, die Arbeit beendet, jedoch ohne Lohnabzug.

Für den Fall, daß die Arbeitnehmer sich ihren Lohn aus den Geschäftsräumen abholen müssen, haben sie an den Tagen vor den hohen Festtagen Anspruch, 8 Stunden vor dem üblichen Schluß der Arbeitszeit Feierabend — auch hier ohne Lohnabzug — zu machen.

4. Für Arbeiter innerhalb des Kreises der im Bureau der Arbeitgeber anhängenden Karte werden Fahrgelder nicht vergütet, außerhalb des Kreises werden gewährt und zwar für den Weg zur Baustelle innerhalb der Ringbahn die ausgelegten Fahrgelder. Bei Arbeitern, die auf einer außerhalb der Ringbahn liegenden Baustelle ausgeführt werden, auch neben dem zu gewährenden Fahrgeld die mehr erforderliche Zeit.

5. Bei Arbeiten, welche außerhalb des Vorortverkehrs auszuführen sind, wird außer den Entschädigungen unter 4. gezahlt ein Betrag von 2,75 M. pro Tag. Falls Kost und Logis gewährt wird, verringert sich der Zuschlag auf 60 Pf. pro Tag.

6. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Wenn Ueberstunden gemacht werden müssen, so ist für dieselben bis 9 Uhr abends ein Zuschlag von 25 Proz. zu bezahlen.

Nachtarbeiten von 9 Uhr abends bis 7 Uhr morgens sowie Sonntagsarbeit sind mit 100 Proz. Zuschlag zu entgelten.

7. Zur Schlichtung der aus dem Arbeitsverhältnis etwa entstehenden Streitigkeiten, zur Vermeidung von Streiks und Auspöhrungen wird eine Kommission von vier Arbeitgebern und vier Arbeitnehmern unter dem Vorsitz eines Gewerbetreibers gebildet. Gegen die Entschädigung dieser Kommission steht der unterliegenden Partei die Verurteilung an das Einigungsamt zu. Diese Verurteilung ist innerhalb drei Tagen nach Veröffentlichung der Entscheidung anzubringen. Dieser Kommission soll es insbesondere obliegen, vor Ablauf des Vertrags über die neuen Arbeitsbedingungen zu beraten und zu beschließen. Auch gegen den Beschluß über den neuen Arbeitsvertrag steht den Parteien die Verurteilung an das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts zu.

8. Arbeitsordnungen dürfen Bestimmungen, welche diesem Vergleich entgegenstehen, nicht enthalten.

9. Der Vergleich ist gültig bis 1. Oktober 1901 und läuft stillschweigend ein Jahr weiter, wenn nicht vier Wochen vor Ablauf desselben eine Kündigung erfolgt.

10. Maßregelungen dürfen von beiden Seiten nicht vorgenommen werden. Die Arbeit muß sofort wieder aufgenommen werden und haben die Arbeitnehmer die Arbeit dort wieder aufzunehmen, wo sie dieselbe niedergelegt haben, sofern sie nachgewiesenermaßen keine andre Arbeit mit Kündigungsfrist haben.

Sämtliche Arbeiter haben sich bei ihren früheren Arbeitgebern zwecks Wiederaufnahme der Arbeit, aber spätestens bis nächsten Montag zu melden. Mit Kündigungsfrist verbundenen Vertragsabmachungen dürfen in der Zwischenzeit mit andern Arbeitgebern nicht getroffen werden. Allen denen gegenüber, welche sich bis spätestens am nächsten Montag nicht gemeldet haben, gelten die Bestimmungen dieses Vertrags nicht.

Diese Einigungsbedingungen wurden vorbehaltlich der Zustimmung seitens der Auftraggeber von beiden Parteien unterschrieben.

Der Streik der Militäreffekten-Sattler. Dienstag, den 14. August, fand in den Anstalten eine Versammlung der Streikenden statt. Ueber den Streik berichtete Kollege Sassenbach folgendes: Die Haltung der Streikenden sei eine vorzügliche und wenn die Sache so weiter gehe, hätten wir einen Erfolg zu erwarten. Denn Arbeit wäre genügend vorhanden. Weiter sei zu verzeichnen, daß eine Fabrik und benachrichtigte, daß sie gewillt ist, unseren Tarif anzunehmen, unter Vorbehalt, daß sie für die 320 Tornister, welche sie noch da hätte, pro Stück 60 Pf. mehr zahlen wollte. Nach der Fertigstellung der angegebenen Tornister wolle sie den vollständigen Tarif anerkennen. Es entstand hierüber in der Versammlung eine Diskussion, in der Kollege Sassenbach und ein anderer Redner das Angebot bestritten, aber sämtliche andre dagegen waren. Beschlossen wurde von der Versammlung gegen eine Stimme, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis in allen Fabriken der vorgelegte Tarif voll und ganz bewilligt würde. Ferner ist noch zu berichten, daß die Kollegen bei der Firma Kuberwig, Lindenstraße, ebenfalls die Arbeit niedergelegt haben.

Das Streiklokal befindet sich Kommandantenstraße 20 in den Arminhallen. In der Zeit von morgens 8 Uhr bis abends 7 Uhr wird Auskunft erteilt und Meldungen entgegengenommen.

Der Streik der Ristenmacher steht sehr glänzend, es haben sich noch mehr Kollegen dem Streik angeschlossen und die Stimmung ist eine sehr begeisterte. In der Versammlung am Mittwoch, in der Kollege Hädel abermals referierte, zeigte die ausführliche Debatte die volle Uebereinstimmung der Versammlung. Es wurde folgende Resolution angenommen:

„Die heutige öffentliche Versammlung der Ristenmacher erklärt sich mit der Tätigkeit der Streikkommission einverstanden und sieht keine Veranlassung, den Generalstreik aufzuheben, die weiteren Schritte der Kommission zu überlassen.“

Es wurde dann noch mitgeteilt, daß die Fabrikanten brieflich durch Drohung mit Entlassung die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen suchen, daß sie aber keinen Erfolg damit haben. Zum Schluß wurde noch die Kontrolle geregelt.

Der Maurerstreik in Ebanda ist von einer öffentlichen Maurerverammlung einseitig aufgehoben und bis auf weiteres verlegt worden. Es hatten sich zuletzt so viele Streikbrecher gefunden, daß die Situation für die Streikenden sich ungünstig verschob.

Kudland.

Brüssel, 14. August. Nachdem in mehreren Druckerien Seher, welche Arbeitervereinigungen angehören, entlassen worden sind, um

Arbeitern Platz zu machen, die keinen Syndikaten angehören, hat der Seherverband den Druckereibesitzern für Freitag den allgemeinen Ausstand angedroht, falls sie sich nicht in aller Form verpflichten, Arbeiter nicht mehr aus dem Grunde zu entlassen, weil sie Mitglieder des Verbands sind.

Vorbezug, 15. August. In einer Versammlung der Heizer und Kohlenträger wurde der allgemeine Ausstand beschlossen.

Socials.

Auf der nordischen Industrieversammlung in Kopenhagen haben die Arbeitgeber der drei skandinavischen Länder in einigen Punkten ungewöhnlich fortgeschrittene Ansichten ausgesprochen.

So führte Vöstrup, Vorsitzender des dänischen Handwerks- und Industrievereins aus, daß die Zwangsankündigungen, die in den Jahren 1870—1890 die Hauptbetriebsidee waren, überflüssig geworden sind, da das Handwerk fast völlig verschwunden sei und an dessen Stelle die Kleinindustrie getreten, die sich, um lebensfähig zu sein, zur Großindustrie entwickeln müsse.

Ferner wurde die Vereinfachung der Gewerkschaftsbewegung anerkannt durch den Referenten Axel Meyer. Ansonsten hätten sie dagegen Widerwillen gehabt, aber um seien sie einverstanden. Ein anderer Redner betonte, daß das Steigen des Arbeitslohns einen Kulturfortschritt bedeute und keineswegs ein Gemühschmerz für die Entwicklung der Industrie sei, sondern sie vielmehr fördere.

Auch die Frage der geistigen und technischen Ausbildung wurde vom modernen Standpunkt behandelt. Man forderte eine naturwissenschaftliche Grundlagel, eine Säule des Lichts für die Industriebevölkerung und erklärte das Handwerker-Lehrlingswesen für überlebt, an dessen Stelle müssen Handwerks- und Industrieschulen treten und wenn man Lehrlinge halten wollte, könne man keine ordentliche Arbeit von ihnen verlangen, wenn sie nicht ordentlichen Lohn bekämen.

China.

Wo die europäischen Truppen stehen, ist nicht genau bekannt. Jedenfalls sind sie von Hosiwa gegen Peking weiter vorgerückt. Es ist aber wiederum ungewiß, ob die Chinesen vor Peking den Gegnern eine Schlacht anbieten werden. Die geringe Zahl deutscher Truppen, die bisher gelandet worden ist, befindet sich erst seit dem 9. d. M. auf dem Marsche von Tientsin.

Die Gesundheitsfragen sollen wiederum von chinesischen Truppen angegriffen werden und die Lebensmittel sollen zu Ende gehen.

Der Vormarsch.

Nach einem Telegramm aus Tschifu erklärten die dortigen Konsuln Russlands und Englands übereinstimmend, die Entsatstruppen seien ohne weitere Kämpfe am 9. August bis ungefähr nach Anving gelangt, das von Peking 50 Kilometer entfernt ist.

Die „Times“ melden aus Peking: Nach dem letzten Telegramm von General Kurowski rückten die Truppen einen Tag nach der Einnahme von Pangtsun. Am 7. August, morgens 6 Uhr brach eine Vorhut auf, machte trotz fast unpassierbaren Straßen einen Einbruch von neun Meilen und schlug bei Kantschun, ungefähr 50 Meilen von Peking, eine Abteilung Chinesen nach an derthalb Stunden in die Flucht, welche die Waffen wegworfen und auf Peking flohen. Kurowski begann darauf sofort den Vormarsch aller Truppen in drei Kolonnen mit Kosaken-Kundschaftern an der Spitze und an den Flanken. Nachdem am 9. August Hosiwa besetzt war, ging der Vormarsch auf Wutschang weiter ohne viel Widerstand. Trotz schlechter Straßen, welche die Japaner reponieren, geht der Vormarsch der Artillerie befriedigend. Die chinesischen Truppen sind jetzt zwischen Hsiangho und Hosiwa konzentriert, wo ein Kampf erwartet wird.

Die deutschen Truppen.

Der 2. Admiral des deutschen Kreuzergeschwaders meldet ab Taku, den 12. August:

Kapitän Vahl (Kommandant der „Hansa“) ist am 9. d. M., abends, mit 4 Offizieren und 107 Mann von Tientsin nach Peking vorgezogen. Kapitänleutnant Hecht (1. Offizier der „Bertha“) ist am 10. August, nachmittags, mit 2 Offizieren, 150 Mann und Proviant nachgerückt. Wasser und Troch folgen nach.

Die Gefandten.

Der französische Minister des Aeußern, Delcassé, hat am Mittwoch folgendes, vom 9. August datiertes Telegramm des französischen Gefandten, Pichon, in Peking erhalten:

„Das Tjung-Hi-Namen hat uns mitgeteilt, daß Si-Hung-Tschang beauftragt ist, auf telegraphischem Wege mit den Mächten zu unterhandeln. Wir wissen absolut nicht, was außerhalb der noch stehenden Gefandtschaften geschieht, denn wir sind von Barricaden eingeschlossen und von feindlichen Schanzwerken umgeben. Wie könnte man aber sich auf Verhandlungen einlassen, ohne daß das diplomatische Corps in seine Rechte wieder eingesetzt und ohne daß das Gebiet der Gefandtschaften von den Chinesen geräumt ist. Wenn Verhandlungen den Vormarsch der verbündeten Truppen anhalten sollten, die unsre einzige Rettung sind, laufen wir Gefahr, in die Hände der Chinesen zu fallen. Der Stadteil, in dem die französische Gefandtschaft liegt, wird noch immer von den chinesischen Truppen besetzt gehalten, welche das Feuer nie ganz eingestellt haben. Alle Räume der (französischen) Gefandtschaft sind verdrahtet mit all ihrem Inhalt. Wir sind auf Belagerungskost gesetzt, als Nahrungsmittel haben wir Pferdefleisch, Reis und Brot für noch 14 Tage.“

Im Süden.

Paris, 15. August. In einem an den Minister des Aeußern gerichteten Telegramm vom gestrigen Tage berichtet der französische Konsul in Canton, daß dort Ruhe herrsche und daß er demüthigt sei, den stellvertretenden Vicelönig und die Behörden zu empfangen. In dem Telegramm heißt es weiter, daß in dem Bezirk von Swatou die Erregung gegen die Missionare und die übrigen Christen einen beunruhigenden Charakter angenommen habe; mehrere große kirchliche Gemeinden in der dortigen Gegend seien geplündert und die Gebäude derselben in Brand gesteckt worden. Der Vicelönig und der Konsul beschloßen, daß jeder von ihnen beiden einen Delegierten zur Unternehmung und zur Wiederherstellung der Ordnung an Ort und Stelle senden solle. Der Vicelönig wurde zum Delegierten ausersehen, und man kam überein, daß der Vicelönig mit ein vom Vicelönig bestimmter Mandarin sich an dem „Comete“ einschiffen sollten, um dadurch dem Vorgehen größeres Gewicht zu geben und den Behörden zu zeigen, daß der Vicelönig sich in vollem Einvernehmen mit dem Konsulat befinde. Die Delegierten gehen morgen früh ab.

Letzte Meldungen.

Berlin, 15. August. (W. Z. B.) General Feldmarschall Graf Waldersee ist heute abends 10 1/2 Uhr aus Hannover hier eingetroffen.

Wien, 15. August. (W. Z. B.) Das österreichisch-ungarische Kriegsschiff „Kaiserin und Königin Maria Theresia“ ist in Tschifu eingelaufen.

Rom, 15. August. (W. Z. B.) Wie die „Agenzia Stefani“ meldet, ist durch Vermittlung des chinesischen Gefandten in London eine vom 9. d. M. datierte Depesche des italienischen Gefandten in Peking hier eingetroffen, welche meldet, daß die Ernennung Si Hung Tschang zum Friedensunterhändler dem italienischen und den übrigen Gefandten in Peking mitgeteilt worden ist. Die Chinesen heißt es in der Depesche weiter, fahren fort, die englische Gefandtschaft zu beschlehen.

Kopenhagen, 15. August. (W. Z. B.) Durch ein heute veröffentlichtes Geleg wird bis auf weiteres die Ausfuhr von Waffen und Munition nach China verboten.

London, 15. August. (W. Z. B.) Admiral Bruce in Taku teilt mit, er habe folgendes Telegramm von dem britischen General in Hosiwa vom 10. August erhalten: Die Truppen der Verbündeten sind von Peking noch 27 (englische) Meilen entfernt. Sie trafen beim Feind auf geringen Widerstand. Der Feind hatte zwar Verteidigungsstellungen vorbereitet, stob jedoch, als die Verbündeten heranzüchten. Die tatarische Kavallerie wurde von zwei Schwadronen der bengalischen Ulanen angegriffen. Viele der Feinde sind gefallen und mehrere Fahnen wurden erbeutet. Die Truppen der Verbündeten sind durch die Hitze sehr erschöpft; sonst ist der Gesundheitszustand und der Geist der Truppen ausgezeichnet.

London, 15. August. Das „Reuter'sche Bureau“ meldet aus Hongkong vom 14. d. M.: Ein Dampfer vom Westküste meldet: Zahlreiche chinesische Truppen, wahrscheinlich Schwarzflaggen, ziehen stromaufwärts. In der Nähe von Swatow dauern die kirchenfeindlichen Unruhen an. Der Kreuzer „Mohaw“ befindet sich jetzt dort zum Schutze der Ausländer. Das französische Kanonenboot „Mouette“ ist von Saigon hier eingetroffen. Die Kriegsvorstellungen in Canton werden fortgesetzt, die Vorbereitungen zur Errichtung einer Verdrängung bei Whampoa vervollständigt und Minen längs des Flusses gelegt.

Washington, 15. August. (W. Z. B.) Eine Depesche Admiral Remens aus Taku vom 12. August meldet: Ich erhielt eine Depesche ohne Datum von Chaffer, die aus Katow stammt und besagt: Gestern trafen wir auf unbedeutenden Widerstand. Es herrscht jedoch eine entsetzliche Hitze. Remens schließt sein Telegramm: Viele unserer Truppen liegen krank da. Katow liegt etwa 12 Meilen jenseits Hosiwa. Katow ist in den Karten des Kriegsdepartements verzeichnet als der schlimmste Teil des Weges zwischen Tientsin und Peking.)

Geriichts-Zeitung.

Der frühere Pferdebahnschaffner D. war vom Schöffengericht wegen groben Unfugs zu einer Geldstrafe von 60 M. verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft vertritt die Ansicht, daß nur eine Freiheitsstrafe am Platz sei und legte deshalb Berufung ein, worauf die Sache gestern vor der 8. Strafkammer des Landgerichts verhandelt wurde. In der Nacht zum 19. Mai hatte eine Versammlung der Angehörigen der Pferdebahn-Gesellschaft stattgefunden, die zu dem Ergebnis geführt hatte, daß der allgemeine Ausstand beschloßen worden war. In der Morgenstunde bewegte sich ein größerer Trupp der Heinkührenden durch die Gitschinerstraße, als soeben ein Pferdebahnwagen das Depot verlassen hatte. Der Angeklagte raffte eine Hand voll Kies auf und warf damit den Führer ins Gesicht. Der Staatsanwalt beantragte eine Haftstrafe von 3 Wochen, während der Verteidiger, Rechtsanwalt Freudenthal, die That als eine Augenblicksbegehung hinstellte, die keineswegs streng zu ahnden sei. Der Gerichtshof war anderer Ansicht. Das Verhalten des Angeklagten sei um so schwerer anzusehen, da derselbe sich noch in Uniform befand und sich gegen einen arbeitswilligen Kollegen verging, der leicht hätte dienstunfähig gemacht werden können, wenn er den Kies in die Augen bekommen hätte. Es sei auf eine Haftstrafe von zwei Wochen erkannt worden.

Eine allnächtliche Liebesgeschichte beschäftigte gestern die 188. Abteilung des Schöffengerichts. Unter der Anklage der Verdröhung und des groben Unfugs befand sich die Modistin Anna R. auf der Anklagebank. Eine schlaute Erscheinung, aber das Auge vom Weinen getrübt. Sie erzählte, daß sie selber einen sittenreinen Lebenswandel nicht geführt habe. Damals, vor etwa vier Jahren, habe sie den unverheirateten Kaufmann G. kennen gelernt. Sie sei in wahnstimmiger Liebe zu ihm entbrannt und von der ersten Zeit ihrer Bekanntschaft mit ihm habe sie jeden andern Verleht vermindert. Nach und nach sei der Gedanke in ihr festgewurzelt, daß G. sie zu seiner Ehefrau erheben würde. Er hatte bereits dafür gesorgt, daß sie von der schimpflichsten vorzeitigen Beobachtung befreit worden war, aus eignen Mitteln hatte sie eine Schneiderinnen-Werkstatt gegründet und durch rastlosen Fleiß habe sie sich eine ansehnliche Existenz geschaffen. Da habe sie plötzlich in diesem Frühjahr einen kurz gehaltenen Abiagebrief erhalten. In ihrer Verzweiflung habe sie dreimal einen Selbstmordversuch gemacht. Auch habe sie an G. mehrere Briefe gerichtet, in denen sie ihn zu töten drohte, falls er sich ihr nicht wieder zuwende, und wochenlang habe sie ihn auf Schritt und Tritt verfolgt. In der Nacht zum 17. Mai habe sie dem Angeklagten aufgelauert, bis dieser aus einer Versammlung kam. Auf dem Gendarmenmarkt habe sie ihn eingeholt und einen Schuß aus einem kleinen Revolver abgefeuert. Sie sei hinter G. gegangen, habe die nur mit Wahpatronen geladene Waffe auch nicht gegen ihn gerichtet, sondern nur in die Luft geschossen. Den groben Unfug hatte die Angeklagte dadurch begangen, daß sie eines Morgens gegen 5 Uhr heftig an der Klingel zu der G'schen Wohnung gezogen und lauten Lärm verübt hatte, als ihr nicht geöffnet wurde. Die Angeklagte wühlte ihre trübe Liebesgeschichte so wirksam zu schildern, daß mehrere Zuhörerinnen mit ihr weinten und dem „treulosen“ Geugen, der mit aller Entschiedenheit bestritt, der Angeklagten je ein Uebersprechen gegeben zu haben, feindselige Blicke zuwarfen. Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß derartige, aus Liebesverhältnissen entkeimende Ausschreitungen im Interesse der Allgemeinheit keineswegs so milde anzusehen seien, da sonst der „Nachahmungstrieb“ leicht wachgerufen werden könnte. Die Angeklagte wurde zu einer Woche Gefängnis und einer Woche Haft verurteilt.

Eingegangene Druckschriften.

„Der Arbeitsmarkt“, Monatschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. F. Jaffrow), Berlin, Verlag von Georg Reimer. Die als Organ des „Verbands deutscher Arbeitsnachweiser“ erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 22 des 4. Jahrgangs u. a.: Nachschau über die Lage des Arbeitsmarktes. — Allgemeines: Streikschließung durch Organisationsvorstände, Statistik der arbeitslosen Gewerbetreibenden in Deutschland, Arbeitslosen-Programm des französischen Handelsministers, Situationsberichte.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Preisverteilung in der Weltausstellung.

Paris, 15. August. (W. Z. B.) In der ersten Gruppe, Erziehung und Unterricht, Klasse V, Landwirtschaftlicher Unterricht, erhielten große Preise: die Landwirtschaftliche Hochschule in Berlin, das landwirtschaftliche Institut der Universität Halle, die königliche Landwirtschaftliche Akademie in Poppelendorf bei Bonn. Das landwirtschaftliche Institut der Universität Leipzig und die Thierärztliche Hochschule in Hannover. Goldene Medaillen erhielten unter andern: die Gärtner-Lehranstalt am Wildpark, das landwirtschaftliche Institut der Universität Göttingen, das landwirtschaftlich-technologische Institut der Universität Breslau und die landwirtschaftlichen Institute der Universitäten Gießen und Königsberg. In der zweiten Gruppe, Kunstwerke stellten außer Antiquaren aus: Desrogers und Dill. Große Preise erhielten: Leubach und Hilde; goldene Medaillen: Gebhardt, Hertwich, Koenen, Köhl, Müller und Sind.

Paris, 15. August. (W. Z. B.) Auf dem Weg nach Glich wurde ein von der Ausstellung zurückkehrender Pferdebahnwagen von einem Motorwagen angefahren und umgeworfen. Vierzehn Insassen des überfüllten Wagens wurden verletzt, mehrere schwer.

New York, 15. August. (W. Z. B.) Infolge Rebell stiegen bei Bierion (Michigan) zwei Personenzüge zusammen; neun Personen wurden getödet, viele verwundet.

Hamburg, 15. August. (W. Z. B.) Wie das „Hamburger Fremdenblatt“ erzählt, haben heute auf der Werk von Wobm und Wob weitere 15 Kesselfeiger und 80 Holzarbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Gesamtzahl der außer Arbeit befindlichen Werftarbeiter wird auf 5400 Mann geschätzt.

Die Berliner Parteiverfassungen.

Die bereits kurz berichtet, beschäftigten sich die Berliner Parteigenossen vorgerufen in 6 Versammlungen außer mit der Provinzialkonferenz auch mit dem diesjährigen Parteitag. Die Tagesordnung des Parteitags wurde in den Punkten, die zu Erörterungen vornehmlich Anlaß geben, der Organisationsfrage und der Landtagswahlfrage, in allen Versammlungen eingehend besprochen. Verschiedene Gedanken gegen den neuen Organisationsentwurf, die in den Versammlungen laut wurden, dürften zerstreut werden durch die Darlegungen seines in der Versammlung des dritten Kreises. Zu der Landtagswahlfrage wurde trotz weit auseinander gehender Meinungen doch hervorgehoben, daß die Entscheidung des Parteitags selbstverständlich maßgebend sein müsse. Wir lassen nachfolgend die ausführlichen Berichte folgen:

Die Parteiverammlung für den ersten Wahlkreis tagte in den Armirenhallen. Taterow widmete dem Genossen Wilhelm Liebknecht einen warmen Nachruf und die Versammelten ehrten das Andenken des Unvergessenen durch Erheben von den Plätzen.

Ueber die Tätigkeit der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg berichtete Genosse Schuster. Die Agitation in der Provinz sei auf das wirksamste gefördert worden. Die Kommission habe unter anderem eine große Anzahl Referenten gestellt. Natürlich hätten nicht immer die gewünschten Personen gefunden werden können. Das Agitationsblatt die „Fackel“ habe es bereits auf 3000 zahlende Abonnenten gebracht. Die Ausführung des Auftrags, überall jährlich zwei Versammlungen mit Frauen als Referenten zu ermöglichen, sei an den tatsächlichen Verhältnissen gescheitert. So an solche Versammlungen gedacht worden sei, da habe man keine Referentin bekommen. Den Delegierten zur Provinzialkonferenz wäre mit auf den Weg zu geben, recht vorfichtig zu sein solchen Anträgen der Frauen gegenüber, die ein striktes Gebot enthielten. Er habe nichts gegen die Frauen. Sie sollten aber nicht mehr verlangen, als durchzuführen sei. — Taterow: Verschiedene Kreise in der Provinz hätten sich selbstständig gemacht. Das sei schön. Andere bedürfen aber noch der Hilfe der Kommission; an ihre Auflösung könne deshalb noch lange nicht gedacht werden. Bezüglich der Frauenagitation sei zu betonen, daß doch die Frauenbewegung in der allgemeinen Arbeiterbewegung aufstehe. Man freue sich in den Kreisen der Genossen sehr, wenn recht viel Frauen in die Versammlungen kämen und sich rege beteiligten, wo es irgend möglich sei. Das getrennte Vorgehen von Männern und Frauen sei aber unserer Partei nicht würdig. — Es folgte nun die Wahl der Delegierten zur Provinzialkonferenz, die, wie schon mitgeteilt, auf die Genossen Appel, Känkel und Schenck fiel.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Der Parteitag in Mainz“, sprach zuerst Genosse Seiler, indem er eine Uebersicht über die Tagesordnung des Parteitags gab und die beim Vertrauensmann des Kreises eingelaufenen Anträge mitteilte. Nach kurzer Generaldiskussion wurden die einzelnen Anträge und Verhandlungspunkte der Reihe nach erörtert.

Zur Organisationsfrage lagen Anträge vor: 1. die alte Fassung des § 1 des Organisationsstatuts beizubehalten, wonach zur Partei gehört, wer sich zu den Grundzügen des Parteiprogramms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt; 2. den Absatz II des alten Statuts beizubehalten, wonach in Zweifelsfällen über die Zugehörigkeit zur Partei die Parteigenossen der einzelnen Orte oder der Reichstagswahlkreise entscheiden. — Bekanntlich will die Reichstagsfraktion in ihrem Entwurf zu einem neuen Organisationsstatut die Parteizugehörigkeit auch von einer dauernden Unterstützung der Partei durch Geldmittel abhängig machen, während der § 2 nach ihrem Vorschlag dahin geändert werden soll, daß über die fernere Zugehörigkeit zur Partei nach Anhörung der Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise der Parteivorstand entscheidet, wogegen die Berufung an die Kontrollkommission und den Parteitag möglich sein soll. — Genosse Känkel wandte sich entschieden gegen die beabsichtigten Neuerungen. Eine dauernde Unterstützung durch Geldmittel könne nicht gefordert werden, weil manche Genossen, so zum Beispiel die hungernden schlesischen Weber, gar nicht in der Lage seien, danach zu handeln. Es genüge zu sagen, wer die Partei nach Kräften unterstützt. Uebrigens unterstütze die Partei auch finanziell, wer agitatorisch und durch Sammelthätigkeit für sie wirke. Beim Sammeln müsse so manche Ausgabe gemacht werden. Wegen die neue Fassung des § 2 Absatz II sei Bedenken, weil dadurch dem Parteivorstand eine zu große Macht eingeräumt würde. Die Entscheidung über die Zugehörigkeit zur Partei müsse den Genossen der einzelnen Orte oder Kreise verbleiben. Der Vorschlag der Fraktion erscheine ihm nicht demokratisch. Er möge ja auf gewisse Zwischenfälle zurückzuführen sein. Diese dürften aber nicht den Anlaß bieten, die Macht des Parteivorstandes unzulässig zu vergrößern. — Mehrere Genossen schlossen sich Känkels Ausführungen an. — Taterow hat dies nur bezüglich des § 2 Absatz II. Die Geldforderung im § 1 betrachte er als einen Auspost für die, welche nur reformieren und einen Stimmzettel abgeben, sonst aber der Partei absolut nichts opfern. Solche Ermahnung wäre immer am Platze. Auf die in den Wahlvereinen organisierten Genossen finde die Bestimmung keine Anwendung. Man könne sie ruhig annehmen. — Dieselbe trat für die neue Fassung sowohl des § 1 als auch des § 2 ein. Der Parteivorstand werde unparteiisch entscheiden, und wer mit seinem Urteil nicht zufrieden sei, könne sich ja immer noch an die Kontrollkommission und schließlich an den Parteitag wenden. Mit großer Majorität entschied sich die Versammlung für Beibehaltung der §§ 1 und 2 des bisherigen Organisationsstatuts. Dem neuen Schlußabsatz zum § 2, der von dem Erlöschen der Rechte an die Partei mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung handelt, stimmte jedoch die Mehrheit zu.

Ueber die Beteiligung an den Landtagswahlen wurde recht lebhaft diskutiert. Seiler ist dafür, daß man mit der Beteiligung einen Versuch mache und sich nicht durch das Wort Kompromiß schrecken lasse. Käliski gehört ebenfalls zu den Freunden der Beteiligung, und zwar geht er von dem Standpunkt aus, daß die Sozialdemokratie unbedingt eine Vertretung in allen Landtagen, auch dem preussischen, haben müsse und daß es nicht allein darauf ankomme, die reaktionärsten Parteien zu schwächen. Durch Abmachungen mit den freisinnigen Parteien der Sozialdemokratie betrat Mandate gesichert werden, daß im fraglichen Wahlbezirk erst nach Abgabe der freisinnigen Wahlmännerstimmen für den sozialdemokratischen Kandidaten die sozialdemokratischen Wahlmänner ihre Stimmen für den freisinnigen Kandidaten abzugeben hätten. Bei einer solchen Stimmenabgabe handele man nur nach tatsächlichen Rücksichten, gebe nichts von seinem Standpunkt auf und könne deshalb gar nicht von einem wirklichen Kompromiß reden. Selbst wenn wir für den freisinnigen Kandidaten stimmten, dann hieße das nicht: für die Freisinnigen, sondern gegen noch reaktionärere Parteien. Ganzel wandte sich gegen die Ausführungen des Redneres. Ihm erscheint es besonders bedenklich, mit den freisinnigen, den größten wirtschaftspolitischen Feinden der Arbeiter, sich einzulassen. Appel plädierte indessen Käliski bei, während Gutmann wegen der von ihm beabsichtigten großen Opfer vor einem Experiment warnte. Taterow: Mit dem ewigen Protestieren gegen ein Schandwählergesetz wird gar nichts bewirkt. So lange wir uns in Preußen von den Landtagswahlen fernhalten, stärken wir thöralisch die Reaktion. Darin hatte Eugen Richter einmal recht. Jede Gelegenheit, propagandistisch zu wirken, muß ausgenutzt werden. Ein Protest gegen ein solches Wählergesetz erhält erst die rechte Bedeutung bei der und durch die Wahlbeteiligung. Allgemein ist ja die Frage schon entschieden. Ich glaube und hoffe, daß der diesjährige Parteitag sich für einen ernst-

lichen Versuch aussprechen wird. — Da ein Antrag hierzu nicht vorlag, nahm die Versammlung von einer Beschlußfassung Abstand. Die Preßfrage wurde auch wieder angesprochen. Gutmann wünscht, daß der Parteitag Schritte thue, eine Erweiterung der Berliner Parteipresse herbei zu führen. Die Preßzustände wären ungenügend. Zu empfehlen wäre die Uebernahme der Berliner Parteidruckerei in Parteibesitz und Einführung eigener Regiebetriebe. Möglicherweise könne neben dem „Vorwärts“ ein billiges Blatt herausgegeben werden, ein Blatt, welches alle Tagesfragen im sozialistischen Sinne behandle und bestimmt sei, die sozialdemokratischen Ideen in die weitesten Kreise hinein zu tragen. Käliski erklärte gleichfalls die Uebernahme der Vorwärtsdruckerei in Parteiregie für geboten. Nach einem Jahr müßte dann festgestellt werden, ob sich nicht der „Vorwärts“ verbilligen lasse. Ein Abendblatt wäre wünschenswert, der Wunsch in den nächsten Jahren aber noch nicht erfüllbar. Tätterow und Taterow sprachen gegen eine Beschlußfassung im Sinne jener Ausführungen, weil wegen der Uebernahme der Druckerei in eigene Regie schon Verhandlungen schwebten, ohne bisher zum Abschluß gekommen zu sein. — Die Mehrheit der Abstimmenden (85 gegen 19) erhob jedoch folgenden Antrag zum Beschluß:

Der Parteitag möge beschließen, den „Vorwärts“ baldmöglichst in eigene Regie zu übernehmen und in eigener Druckerei herstellen zu lassen sowie ferner noch der hierdurch eintretenden Verbilligung der Herstellungskosten eine Herabminderung des Abonnementsbetrags vorzunehmen.

Die sozialdemokratischen Frauen Berlins haben allen Versammlungen einen Antrag unterbreitet, der verlangt, der Parteitag möge folgendes beschließen: In allen Bundesstaaten, wo den Frauen die Teilnahme an den politischen Vereinen verboten ist, ist die bisherige Organisation unter Vertrauenspersonen aufrecht zu erhalten. Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, energisch und fortgesetzt dahin zu wirken, daß die der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Entwicklung nicht mehr entsprechenden, die Frauen entprechenden Landesgesetzlichen Bestimmungen durch Reichsgesetz aufgehoben werden.

Täterow meinte, dieser Antrag wäre unerheblich, weil so wie so gefordert, was er verlangt. Käliski verlangt, daß die zu wählenden Delegierten eine solche Behandlung der Frauen, wie sie die Genossinnen Jekin und Luxemburg auf dem vorigen Parteitag erfahren hätten, nicht dulden sollten. (Zustimmungsrufe.) Hierauf erwiderte Taterow, daß seine Behandlung gar nicht so schlimm gewesen sei, als es vielleicht die Zeitungsberichte erscheinen ließen. — Der Antrag der Frauen wurde nunmehr abgelehnt. Als Delegierte wurden Woldt und Manasse gewählt.

In der Versammlung des zweiten Wahlkreises referierte, nachdem die Delegierten zur Provinzialkonferenz gewählt waren, Genosse Richard Fischer über den bevorstehenden Parteitag. Im Vordergrund stehe die Veroinung des neuen Organisationsstatuts. Dadurch, daß das Verbindungsverbot für politische Vereine aufgehoben sei, sei es der Partei möglich geworden, sich in einem weiteren Rahmen zu betätigen als bisher. Von einer so geschlossenen Organisationsform, daß dadurch der Begriff des politischen Vereins von vornherein gegeben war, wüßte man Abstand nehmen. Ein politischer Verein sei verpflichtet, der Polizei ein Mitgliedsverzeichnis einzureichen, und es sei ja bekannt, daß diese Verzeichnisse geradezu Prospektionslisten für die Arbeiter geworden seien. Redner erörtert sodann die einzelnen Bestimmungen des neuen Entwurfs. Die Änderungen entsprechen zum Teil den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs, zum Teil seien sie aus den bisherigen praktischen Erfahrungen entsprossen. Das System der Vertrauensmänner sei aus Zweckmäßigkeitsgründen beizubehalten, nur solle es in Zukunft den Genossen der einzelnen Orte freistehen, ob sie die Wahl der Vertrauensmänner in Partei- oder in Bezirksversammlungen vornehmen wollen. — Ob für den Punkt „Welpolitik“, über den Liebknecht referieren sollte, ein anderer Referent bestellt werden könne, sagte er nicht, er halte es für wahrscheinlich. Werde aber dieser Punkt von der Tagesordnung abgesetzt, so gehebe das nur, weil über die Gemeingefährlichkeit der heute getriebenen Welpolitik innerhalb der Partei keine Meinungsverschiedenheit herrsche. Es müsse nach wie vor unsere Aufgabe sein, diese Welpolitik mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu bekämpfen; damit erfüllen wir eine Pflicht nicht nur gegenüber der Arbeiterklasse, sondern gegenüber dem ganzen deutschen Volk. (Beifall.) — Ein sehr wichtiger Punkt sei die Taktik bei den Landtagswahlen. Gewiß werde diese Frage in Mainz eine lebhafteste Diskussion hervorufen, aber die Erörterung werde vielleicht einen viel weniger heftigen Charakter annehmen, als einzelne vorandsehen. Es wäre taktisch falsch und eine Sünde an dem Geiste der Partei, wollte man etwa heute beschließen, daß nur Gegner der Wahlbeteiligung nach Mainz geschickt werden dürfen. Dadurch drücke man indirekt den Gedanken aus, daß diejenigen Parteigenossen, die für die Landtagswahl eintreten, im allgemeinen als unsichere Kantonsisten anzusehen sind. Man möge alles vermeiden, was einen solchen Anschein erwecken könnte, denn sowohl Gegner wie Anhänger der Wahlbeteiligung seien bestrebt, die Prinzipienreinheit der Partei zu erhalten. Die Frage sei eine rein taktische, die von der politischen Lage und vom Verhalten der Gegner abhängen. Er habe das Vertrauen zu den deutschen Arbeitern, daß sie durch ein etwaiges Kompromiß bei den Landtagswahlen sich ebenso wenig von ihrem Endziel abbringen lassen, wie durch das Eintreten für das kleinere Übel bei Reichstagswahlen. (Sehr richtig!) Im übrigen möge man bedenken, daß solche Fragen nicht durch Majoritätsbeschlüsse entschieden werden. Würden wir schon morgen vor der Landtagswahl stehen, so fürchte er, würde die Mehrzahl derjenigen Genossen, die bei solchen Kämpfen die eigentlich werdende und aufreibende Tätigkeit vollbringen, am wenigsten für die Wahlen begeistert sein; sie würden sich natürlich dem Beschluß des Parteitags fügen, aber an der Begeisterung würde es fehlen und der Erfolg wäre von vornherein beeinträchtigt. Offenheit werde es gelingen, die Genossen immer mehr von der Notwendigkeit der Ausdehnung der Agitation auf diesem Gebiet zu überzeugen. Viel mehr aber als die Agitation von unserer Seite werde die ganze politische Situation und zur Wahlbeteiligung bewegen. Haben wir nicht auch in St. Gallen mit allen gegen eine Stimme beschlossen, uns angesichts des Sozialistengesetzes bei allen Stichwahlen zwischen bürgerlichen Kandidaten und der Abstimmung zu enthalten, weil der Sozialdemokratie gegenüber alle andern Parteien nur eine einzige reaktionäre Klasse sind? Und doch habe die Parteileitung 1890 die Parole ausgegeben, überall in der Stichwahl für den Kandidaten der Oppositionspartei einzutreten, und dieser Parole hätten sich die Genossen unter Bruch des St. Gallener Beschlusses gefügt. Diese Stellung hatte die politische Situation der Partei aufgezwungen. Wer von uns könne dem sagen, wie die Dinge im Reich und in Preußen sich entwickeln werden. Beweise nicht z. B. die Verordnung betreffend das Streikpolizeistehen in Lübeck, daß man bestrebt sei, das wenige, was wir bisher im Reich errungen haben, durch einzelstaatliche Verordnungen und Gesetze wieder aufzugeben? Man fürchte sich immer vor Wahlbündnissen und Kompromissen. Aber habe etwa der bayerische „Anhand“ die Partei geschädigt? Für alle solche Fragen gebe es nur die eine Richtschnur: Hat die Partei zu ihrer Aufrechterhaltung solche Mittel notwendig oder nicht? Sei das der Fall, so heilige eben der Zweck das Mittel, dann wisse man ein Mittel benutzen, auf das man bisher verzichtet habe. Er hoffe, daß die Frage objektiv geprüft werde, wie es das Interesse der Partei erfordere. (Beifall.)

Julius Meyer bemängelt es, daß der Organisationsentwurf nur diejenigen als Mitglieder der Partei betrachten will, die die Partei dauernd mit Geldmitteln unterstützen. Dadurch könne man die ärmeren Schichten von dem Kopf, ohne daß auch nur ein Groschen mehr vereinnahmt wird. (Sehr wahr!)

Käliski bringt eine große Anzahl von Wünschen und Beschwerden über den „Vorwärts“ zur Sprache. Der früheren Politik müsse mehr Raum gewidmet sein. Wohl bringe das Blatt äußerst gute Artikel über die Chinafrage, auch die Berichte aus England, Frankreich, Italien und Dänemark seien ganz vorzüglich, aber aus Rußland kämen nur spärliche Berichte ein, über den Ministerwechsel in Rumänien habe der „Vorwärts“ nur ein kurzes Telegramm gebracht, über die Albaneseubewegung in Bulgarien und der sächsischen Partei bringe er gar nichts, ebenso über die jugoslavische Bewegung. Auch die Berichterstattung über die Berliner Versammlungen müsse erweitert werden. Ueber die Bauarbeiterversammlung, die sich mit der Streiklausel beschäftigte, sei erst nach zwei Tagen berichtet, beim Straßenbahnerstreik sei die Berichterstattung eine sehr lückende gewesen. Die Schaffung eines Abendblatts sei unbedingt notwendig. Der „Vorwärts“ solle die Ueberschüsse einiger Jahre lediglich für Reklametzwecke verwenden. Auch über wissenschaftliche Kongresse müßten bessere Berichte gebracht werden. (Beifall.)

ParteiSekretär Pfannkuch bittet, über den „Vorwärts“ und dessen fernere Ausgestaltung heute nicht zu diskutieren. Die Berliner Genossen haben die Preßkommission mit den gleichen Rechten wie den Vorstand ausgerüstet, und dies Organ sei berufen, über die vom Redner angeregten Fragen zu entscheiden. In den letzten zwei Jahren sei bereits sehr viel zur Gebung des Parteiorgans geschehen; daß auf den ersten Hieb kein Baum fällt, sei klar. Hätte der Redner den Bericht des Parteivorstands gelesen, so würde er wissen, daß die Preßkommission zur Umgestaltung des „Vorwärts“ bedenkliche Schritte eingeleitet habe. In solchen Dingen gehören eingehende Vorbereitungen und sobald die Frage spruchreif sein werde, würden bezügliche Anträge unter Mitwirkung der Preßkommission von selbst eingebracht werden. Bis dahin möge man die Sache ruhen lassen und sich nicht mit unfruchtbaren Debatten befassen, die doch keinen Zweck haben. (Sehr wahr!)

Pankow hält es für ziemlich gleichgültig, ob im Landtag ein Reaktionsär oder ein Freisinniger sitzt. Er sei früher Anhänger der Wahlbeteiligung gewesen, aber infolge der Vorgänge in Sachsen ein Gegner geworden.

Zubeil verteidigt zunächst das neue Organisationsstatut. Heute könne jeder, der mal in unsere Versammlung kommt, sich an den Wahlen und den wichtigsten Beschlüssen beteiligen. So dürfe es in Zukunft nicht bleiben. (Sehr wahr!) Man möge nicht fürchten, daß etwa derjenige, der der Partei gegenüber seine Schuldigkeit thut, aber zu sekundären Opfern nicht im stande sei, zurückgestoßen werde. Er bitte, daß unter Delegierten dem Entwurf zugestimmt. Der Wunschzettel des Genossen Käliski bezüglich des „Vorwärts“ sei unerfüllbar! Kom zur Frage der Landtagswahlen! In Berlin werde es schwer sein, die Parteigenossen, die in Wind und Wetter, bei Tag und bei Nacht auf dem Plage sind, endgültig von der Möglichkeit der Beteiligung zu überzeugen. Er sei zwar nicht so beschlagen wie Fischer, aber er sei der strikteste Gegner der Beteiligung. Natürlich würden sich die Berliner dem Mainzer Beschluß fügen, aber man dürfe nicht glauben, daß es gelingen werde, das ganze abhängige Proletariat, das heute bei den Reichstagswahlen für uns stimme, auch bewegen könnte, bei den Landtagswahlen für uns zu stimmen. Er hätte es verstehen können, wenn man eine Agitation großen Stils gegen das Dreiklassenwahl-System entfaltet hätte, man solle aber nicht die Gegner der Beteiligung majorisieren, denn es gebe Momente im Leben, wo Zwang verhängnisvoll werden könnte. Auf den Parteitag hätten die großen Wahlkreise nicht ebenbürtig zu sagen wie die kleinen. Die großen würden dort überstimmt. Die Taktik bei den Landtagswahlen hätte besser nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden sollen. Glaube man etwa, daß die China-Welpolitik im preussischen Landtage gelöst werden könnte? Wie könne Fischer nur glauben, daß er den freisinnigen Leichnam nochmals galvanisieren könne. Wisse er denn nicht, wie jämmerlich sich der Abg. Dr. Max Firsch in der Frage des Straßenbahnerstreiks benommen hat? Unter einem so elenden Wahlsysteme könne niemals etwas für die Sozialdemokratie herauskommen. (Lebhafte Beifall und vereinzelt Fischer.)

Falle spricht sich gleichfalls gegen die Wahlbeteiligung aus. Für ihn handle es sich nicht um eine taktische, sondern um eine prinzipielle Frage. Man dürfe keine Verwirrung der Parteigrundsätze herbei führen, wie es jetzt unter anderem auch die modernen Neutralitätspöbel thun. Gütten wir uns davor, den alten revolutionären Standpunkt zu verlassen, sonst gleiten wir in die allgemeine Duselei hinab.

Brunzel ist der Ansicht, daß man den Delegierten bezüglich der Wahlbeteiligung kein gebundenes Mandat geben dürfe.

Die Debatte wird geschlossen. Fischer bittet im Schlußwort gleichfalls, den Delegierten keine gebundenen Mandate zu geben, und betont, daß die Ansicht, als würden die Vertreter der großen Wahlkreise durch die der kleinen auf den Parteitag majorisiert, mit den Thatsachen nicht im Einklang stehe.

Die Versammlung beschließt, dem neuen Organisationsstatut zugestimmen; doch solle es bezüglich der Zugehörigkeit zur Partei bei den jetzigen Bestimmungen verbleiben.

Zu Delegierten werden Brunzel, Paul Scholz und Wolderstch gewählt; zu Revisoren für den Vertrauensmann: Wolderstch, Jakob Hensel und Zwönzig.

Um 12 1/2 Uhr hatte die Versammlung ihr Ende erreicht.

Die Parteiverammlung des dritten Wahlkreises tagte unter Leitung von Frey, Ladewig und Fischer im Gewerkschaftshaus und war sehr gut besucht. Nachdem das Andenken Liebknechts durch Erheben von den Plätzen geehrt worden war, gab Dimmick einen Uebersicht über die Tagesordnung des Brandenburgischen Provinzial-Parteitags. Hier soll die Frage beantwortet werden, wie sich die Landarbeiter der Provinz, soweit sie nicht unter die Bestimmungen der Gesinde-Ordnung fallen, am besten organisieren können. Weiter wird sich der Provinzialtag mit der Parteipresse der Provinz zu beschäftigen haben. An ein tägliches Erscheinen der „Märkischen Volkstimme“, das von den Forstern gewünscht wird, ist nach Ansicht des Redners nicht zu denken; das Risiko, für das die Berliner schließlich einstehen müßten, ist zu groß. Die Gründung des Spandauer Lokalblatts, der „Latence“, ist erfolgt, ohne daß die Agitationskommission oder der Parteivorstand befragt worden wäre und in Wipfachtung der Beiläufe der Parteitage und Provinzialkonferenzen. Gegen diese höchst überflüssige Gründung wird energisch zu protestieren sein. Die Brandenburgischen wünschenswerth, daß die Provinz auf dem internationalen Sozialistenkongress durch einen oder mehrere Delegierte vertreten sei. Sollte der Provinzialtag so beschließen, so müßte festgestellt werden, daß die Kosten für diese Delegation von den einzelnen Kreisen der Provinz unter Ausschluß von Berlin, das selbst Delegierte nach Paris entsendet, aufzubringen sind. — Eine Diskussion schloß sich diesen Bericht nicht an.

Die Versammlung nahm nun Stellung zum Mainzer Parteitag. Unter der Leitung des Vorsitzenden wurde die provisorische Tagesordnung durchgenommen. Eine umfangreiche Debatte entspann sich nun über den Entwurf des neuen Organisationsstatuts der Partei. Die Abänderungen, die darin vorgeschlagen werden, wurden im einzelnen besprochen.

Friedrich wandte sich zunächst gegen die neue Fassung des § 1. Die alte Fassung verdien den Vorzug, keine Genossen würden sonst ausgeschlossen sein.

Friedrich verweigert nicht einzusehen, was die Kommission zu einer schärferen Anerkennung der Unterstützungspflicht veranlaßt hat.

Niether hält es dagegen für richtig, daß ebenso wie in der Gewerkschaftsbewegung auch bei politischen Aktionen nicht die große organisierte Masse, sondern nur die Organisierten die Entscheidung haben.

Der Antrag Ritz auf Wiederherstellung der alten Fassung wird fast einstimmig angenommen, ebenso sein weiterer Antrag, in § 2 die vorgeschlagene Änderung abzulehnen.

Abgelehnt wird nach kurzer Debatte, an der sich Stumppe, Harndt, Schlegel und Heine beteiligten, ein Antrag Hoch, im § 11: „Ein außerordentlicher Parteitag kann berufen werden...“ statt „kann“ zu setzen. Im § 13 heißt es: „Kein Parteigenosse hat ohne ausdrücklichen Beschluß des Parteitag ein Klagbares Recht, die Geschäftsblätter oder Papiere des Parteivorstands, der Kontrollkommission oder der Partei einzusehen oder sich aus ihnen Abschriften oder Auszüge anzufertigen oder eine Anklage oder Heberfälschung über den Stand des Parteivermögens zu verlangen.“

Hoch beantragt folgenden Zusatz: „jedoch ist den Delegierten während der Tagung des Parteitags die Einsicht in die Bücher zu gestatten.“

Dieser Antrag giebt Heine Veranlassung, sich über den neuen § 13 zu äußern und die Fassung, die die Kommission der Praktion genehmigt, zu modifizieren. Der Sinn des § 13 ist folgender: Kein Genosse hat das Recht, die Postlegung der Bücher zu fordern und Gelder von der Partei herauszuverlangen; Vorstand und Kontrollkommission haben nicht das Recht, durch ihre Handlungen irgend jemand zu verächtlichen. Die bürgerliche Presse hat in dieser Bestimmung einen neuen Verstoß herausgehoben, den Parteivorstand ermächtigt zu machen und die Stellung des Einzelnen zu unterdrücken. Nichts ist übertrieben als eine solche Auslegung. Jeder Jurist wird sich sofort sagen, weshalb diese Bestimmung angenommen worden ist. Durch das neue bürgerliche Gesetzwerk ist die christliche Seite des Vereinsrechts erheblich verändert worden. Einige Juristen vertreten nun die Ansicht, daß auch die politischen Parteien als Gesellschaften im Sinne des bürgerlichen Rechts anzusehen seien, daß jede verbindliche Handlung eines Vorstands jeden Parteigenossen verbindlich mache, daß jeder Genosse das Recht habe, sich über den Geschäftsgang zu unterrichten und beim etwaigen Mißtritt aus der Partei seinen Gesellschaftsteil herausbezahlt zu erhalten. Diese Ansicht ist gewiß nicht zweifelhaft, ihr ist energisch widersprochen worden, sie ist praktisch ganz unzulässig. Aber wenn der praktische Verstand auch nicht daran ist, so wissen wir ja, daß die Juristen doch ja sagen können. So vertritt der Berliner Professor Gierke, der als der hervorragendste Kenner des Vereinsrechts gilt, diesen Standpunkt und bei der Autorität, die er genießt, können die Gerichte sich ihm anschließen. Gierke hat keine Auffassung ausgesprochen, um die großen Vereine und Parteien zu warnen und ihnen nahezuweisen, sich durch statutarische Bestimmungen vor unliebamen Folgen zu bewahren. Jeder Spiegel könnte ja daraufhin verlangen, Einsicht in die Bücher zu erhalten und seinen Anteil am Parteivermögen herauszubekommen. (Weiterlekt.) Der § 13, der die Partei vor solchen Versuchen schützt, ist von Stadthagen, der ein hervorragender Kenner des bürgerlichen Rechts ist, ausgearbeitet, und von der Praktion angenommen worden. Der Antrag Hoch, der etwaige Bedenken vom demokratischen Standpunkt aus beiseitigen will, können wir ablehnen.

Der Antrag Hoch wird hiermit angenommen, und dieser Gegenstand der Tagesordnung des Mainzer Parteitags verfallen. Die übrigen Punkte geben zu keiner Debatte Anlaß. Bei dem Punkte: „Die Taktik der Partei bei den Landtagswahlen“ meint nur Friedrich, es sei an und für sich sehr gut, wenn endlich eine feste Grundlage geschaffen würde, auf der die Parteigenossen der Einzelstaaten in die Landtagswahlen einwirken können, sofern sie sich an diesen Wahlen beteiligen.

Anträge für den Mainzer Parteitag lagen aus dem Kreise nicht vor.

Die von den Frauen beantragte Resolution, betreffend die Beibehaltung des Vertrauensmänner-Systems in den Bundesstaaten, in denen den Frauen die Teilnahme an den politischen Vereinen verboten ist, wird durch Heberbergung zur Tagesordnung erliebet, nachdem Heine und andere Redner sie als überflüssig bezeichnet hatten.

Vor der Abstimmung über diese Resolution hatte sich eine Debatte über die Tätigkeit der Frauen in der Partei entwickelt, die von Cohen eingeleitet wurde, der es merkwürdig findet, daß die Frauen sich immer nur dann melden, wenn Zahlen zu Delegationen vor der Thür stehen. Während des ganzen Jahres ist sonst nicht viel von ihnen zu merken. Die Frauen sollten nicht immer bloß Resolutionen stellen, sondern thätig mitarbeiten.

Heine bittet die Tätigkeit der Frauen, die in der Berliner Frauenbewegung im Sinne unserer Partei arbeiten, nicht zu unterdrücken. Es handelt sich doch nicht darum, daß sie Flugblätter mit verbreiten. Sie haben ein besonderes Agitationsfeld und eine schwierige Arbeit: die Auffklärung der Frauen. Die wenigen agitatorisch thätigen Frauen sind außerordentlich überfordert.

Cohen und Niether tadeln, daß sich die Führerinnen so wenig um die Gewerkschaftsbewegung kümmern. Statt Referate zu übernehmen und die Arbeiterinnen zu ermuntern, sich der Organisation ihres Berufs anzuschließen, verdrängen sie in endlosen Sitzungen die Zeit. Die Enquete über die Frauenarbeit im Bundesausschuß ist noch immer nicht abgeschlossen. Die konfessionellen Arbeiterinnen klagen, daß sie keine Referentinnen bekommen.

Dann werden die Wahlen für Mainz vorgenommen. Schlegel bekämpft Wartenbergs Kandidatur, der wohl ein braver Genosse ist, aber nicht die Fähigkeit besitzt, den Kreis als Delegierter zu vertreten. Diese Ansicht wird von Dimmig, Tiedemann und Straube bekämpft; der Kandidat kann die Stimmung des dritten Kreises gründlich und das genüge. Wartenberg selber verwarf sich gegen den Vorwurf der Inaktivität und wird hierauf mit fast ebenso großer Mehrheit wie Wohl und Hoch zum Delegierten gewählt.

Mit der Aufforderung zu fleißiger Agitation schließt Friedrich die Versammlung.

Viertes Wahlkreis. Die Versammlung fand in Stecher's Saal statt und war gut besucht. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende Franko unseres verstorbenen Vorläufers Liebnicht. Die Versammlung ehrte sein Andenken durch Erheben von den Sigen.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Provinzial-Konferenz für Brandenburg“ nahm Jädel das Wort. Er gab eine Uebersicht über die Tätigkeit der Agitationskommission und betonte, daß es die wesentlichste Aufgabe der Konferenz sei, Mittel und Wege zu finden für die Ausbreitung der Organisation und Agitation in den ländlichen Bezirken. — Anträge zur Konferenz lagen nicht vor. Als Delegierte wurden Wagner, Haberle und Kaiser gewählt.

Darauf begann die Diskussion über die Anträge, welche dem Parteitag in Mainz eingebracht sind. Der erste Redner, Stoboy, wies darauf hin, daß die „Morgenpost“ in kurzer Zeit 200 000 Abonnenten bekommen habe. Viele derselben gehören zu uns, aber sie können den Preis für den „Vorwärts“ nicht erschwingen und greifen deshalb zu dem billigeren Blatte. Aus diesem Grunde wäre es vielleicht angebracht, den „Vorwärts“ zu verbilligen, damit unser Organ eine weitere Verbreitung verschafft werde. Darnach konnte hierbei in Betracht, daß der Inhalt des „Vorwärts“ für einen großen Teil der Arbeiter nicht verständlich sei. Es würde sich vielleicht empfehlen, wissenschaftliche Artikel im „Vorwärts“ nicht zu bringen und nur solchen Stoff zu berücksichtigen, den die große Masse versteht. Auch das würde dem „Vorwärts“ weitere Verbreitung sichern. Wissenschaftliche Fragen könnten in einschläglichen in der „Neuen Zeit“ behandelt werden. Ob die Einführung einer Jugendzeitung als Beilage zum „Vorwärts“ empfehlenswert ist, möge dahingestellt bleiben.

Wainchild führte aus, die Abonnentenzahl des „Vorwärts“ sei zurückgegangen. (Widerspruch.) Kann, die Abonnenten hätten sich in letzter Zeit doch nicht vermehrt, und das ist gleichbedeutend mit einem Rückgang. Redner meint, er habe gefunden, daß sehr viele Arbeiterfrauen gegen den „Vorwärts“ sind, weil ihre hauswirtschaftlichen Interessen in demselben nicht vertreten werden. Die Frauen bevorzugen bürgerliche Blätter, weil ihnen darin Hinweise über Küden und sonstige häusliche Angelegenheiten gegeben werden. So manche Arbeiterfrau könne weder lesen, noch nähren und kochen, und deshalb wäre es ganz gut, wenn die Frauen durch den „Vorwärts“ in solchen Dingen belehrt werden. (Widerspruch.) Weiter müßte der „Vorwärts“ die Frauen belehren, wie die Kinder zu erziehen seien, und wie notwendig es sei, daß die Männer — die oft von den Frauen zurückgehalten werden — sich am öffentlichen Leben zu beteiligen haben. Das Unterhaltungsblatt sei ja mit Rücksicht auf die Frauen eingeführt. Da finde man nun regelmäßig auf der letzten Seite einige alte Kalauer, die noch dazu aus anderen Blättern abgedruckt seien. Der Name, den diese Kalauer einnehmen, könnte zu besseren Dingen benutzt werden. Weiter spricht der Redner gegen jede Erhöhung des Abonnementspreises.

Adolf Hoffmann: Vor jedem Parteitag wird die Frage erörtert, wie dem „Vorwärts“ größere Verbreitung zu verschaffen sei. Ich war stets dafür, daß wir dem Ziel: weiteste Verbreitung unseres Organs, näher kommen. Wenn hier gesagt wurde, der „Vorwärts“ ist zurückgegangen, so ist das nicht richtig. Bei allen Parteiblättern geht die Abonnentenzahl in den Jahren, wo Reichstagswahlen sind, in die Höhe, und nachher wieder zurück. Das ist eine bekannte Thatsache, mit der wir uns abfinden müssen. Auf den „Lokal-Anz.“ und die große Verbreitung der „Morgenpost“ ist hier hingewiesen worden. Beide Blätter sind bekanntlich Eigentum derselben Kapitalisten, und die „Morgenpost“ ist eigens dazu bestimmt, um durch den gewissermaßen vollstimmlichen Ton, den sie anschlägt, die jetzigen Abonnenten zu fangen, die sich durch den widerlichen Posten des „Lokal-Anzeigers“ abgetrieben fühlen. Die Mittel, mit denen diese Blätter Abonnenten fangen, kann doch der „Vorwärts“ nicht anwenden. Ein unverantwortlicher Mißgriff würde es sein, wenn der „Vorwärts“ die Tonart des „Lokal-Anzeigers“ oder der „Morgenpost“ annehmen wollte. So etwas müssen wir ganz entschieden ablehnen. (Zusammenfassung.) Wer auch nur flüchtig hinsieht in den „Vorwärts“, der muß zugeben, daß unser Blatt in den beiden letzten Jahren hinsichtlich des Inhalts einen ungeheuren Fortschritt gemacht hat. Gewiß sind es zum Teil sozialdemokratische Wähler, die „Lokal-Anzeiger“ und „Morgenpost“ lesen, aber es sind noch keine Sozialdemokraten, sondern Leute, die für uns Kandidaten scheinbar, weil sie mit den gegenwärtigen Zuständen unzufrieden sind. Diese Leute gewinnen wir nicht dadurch, daß wir dem „Vorwärts“ das Gesicht des „Lokal-Anzeigers“ geben, sondern es geht, an sie heranzukommen, sie für unsre Organisation zu gewinnen und sie über unsre Ideen aufzuklären. (Sehr richtig.) Bei dieser Gelegenheit möchte ich von einer Erfahrung sprechen, die ich kürzlich in Anhalt gemacht habe, und die besonders deshalb interessant ist, weil vorhin, als wir die Delegierten zur Provinzialkonferenz wählten, gesagt wurde, daß die meisten gewerkschaftlich organisiert sind. In Dessau haben die Genossen festgestellt, daß von den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern 25, 50, ja in manchen Gewerkschaften 75 Proz. der Mitglieder des Parteiblatts gar nicht lesen. Ich glaube, daß in Berlin ganz ähnliche Verhältnisse herrschen. (Sehr richtig.) Das wäre ein Punkt, an dem die Agitation für Verbreitung unseres Organs einsetzen könnte. Es ist ja auch gesagt worden, der „Vorwärts“ sei zu wissenschaftlich. Die wissenschaftlichen Artikel, die heute noch im „Vorwärts“ erscheinen, möchte ich nicht missen. Der „Vorwärts“ muß doch nicht nur auf die rickständigen, sondern auch auf die vorgeschrittenen Leser Rücksicht nehmen. Man kann sich denken, daß das für die Redaction nicht leicht ist. Ich bin auch der Meinung, daß eine Herabsetzung des Preises mehr Abonnenten bringen würde. Das Hamburger Beispiel hat diese Ansicht auch bestätigt. Aber das ist eine Frage, die der Parteitag nicht unteruchen kann. Als Mitglied der Praktionssmission kann ich sagen, daß wir in kurzer Zeit mit einem Plan hervortreten werden, der die Wünsche, welche hinsichtlich der Eingestaltung des „Vorwärts“ laut geworden sind, befriedigen dürfte. Was die Herausgabe eines Jugendblatts anbelangt, so muß ich nach den Erfahrungen, welche die Freireligiöse Gemeinde damit gemacht hat, leider sagen, daß die Proletariat für solche Sachen noch nicht reif ist. In Arbeiterkreisen fehlt es leider noch an dem Verständnis für den großen Wert der Jugendbildung. — Es ist gerügt worden, daß das Unterhaltungsblatt Kalauer bringt, die nicht vom Redacteur selbst gemacht, sondern nur abgedruckt seien. Ich meine, wir können unsere Redactionen doch nicht zurecht, daß sie auch noch Kalauer machen sollen. Uebrigens sind die „Kalauer“ im Unterhaltungsblatt manchmal recht gut. Am heißt es auch, das Interesse der Frauen werde im „Vorwärts“ nicht genügend berücksichtigt, und es müßten Aufklärungen über hauswirtschaftliche Angelegenheiten gegeben werden. Ich gebe zu, daß das für manche Frau recht nützlich sein würde, aber die Frauen, die uns fern stehen, gewinnen wir dadurch auch nicht. Wenn man meint, der Charakter des „Vorwärts“ als Centralorgan stehe der Berücksichtigung lokaler Angelegenheiten entgegen, so trifft das nicht zu. Der letzte Teil ist ja die, den Wünschen der Genossen entsprechend, bedeutend erweitert worden. Den Charakter als Centralorgan muß der „Vorwärts“ beibehalten. (Beifall.)

Nachdem noch ein Redner eingeschoben gegen das Verlangen, den „Vorwärts“ nach dem Muster der „Morgenpost“ zu gestalten, gesprochen hatte, erfolgte die Abstimmung über die zum Punkt „Presse“ eingebrachten Anträge. Angenommen wurde ein Antrag von Stoboy, welcher besagt: Die Delegierten sollen dafür eintreten, daß der „Vorwärts“ weiter ausgehalten werde. — Wainchild zog einen von ihm gestellten Antrag, welcher im Interesse der Frauen die Herausgabe einer wöchentlichen Beilage mit wirtschaftlichen Angelegenheiten fordert, zurück und überwies ihn der Praktionssmission. — Ein weiterer Antrag: Der „Vorwärts“ möge eine Abendausgabe mit Auszugteilen spätestens am 1. Januar veranstalten, wurde abgelehnt.

Darauf folgte die Diskussion über einige andre Anträge. Folgt beantragte, im § 1 des Organisationsstatuts, wo von der Jugendzeitung zur Partei die Rede ist, hinter den Worten: „und die Partei dauernd durch Geldmittel unterstützt“, einzufügen: „oder durch anderweitige Thätigkeit fördert.“ Redner begründete seinen Antrag mit dem Hinweis, daß es manchem guten Parteigenossen, der rege für die Partei arbeitet, nicht möglich sei, Geldmittel für dieselbe abzugeben, wie z. B. den armen Bedern im Aufengedube. Nachdem auch Adolf Hoffmann den Antrag beschwort hatte, wurde derselbe einstimmig angenommen. — Nach einer kurzen Begründung durch Folgt wurden ohne wesentliche Diskussion noch die folgenden Anträge angenommen:

Aus den Reihen der Berliner Parteigenossen sind zwei Kontrolleure zu wählen. Die Verhandlung Vorwärts untersteht, ebenso wie das Centralorgan, der Kontrolle der Praktionssmission in Gemeinschaft mit dem Parteivorstand und den Kontrolleuren nach Maßgabe des § 17a des Organisationsstatuts. Ein Antrag, der jede weitere Gehaltserschöpfung der Redaction des „Vorwärts“ verweigert wissen will, wurde abgelehnt, nachdem Wainchild, Peter und Adolf Hoffmann geltend gemacht hatten, daß die Gehälter nicht nach einer bestimmten Scale festgelegt werden können, und daß tüchtige Kräfte auch entsprechend bezahlt werden müssen.

Als Delegierte zum Parteitag wurden Adolf Hoffmann, Richard Weise und Paul Hoffmann gewählt.

Der fünfte Wahlkreis tagte im Saal der Höpovischen Brauerei, Prentzauer Allee. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die gut besetzte Versammlung das Andenken Liebnicht's in der üblichen Weise. Ueber die Bedeutung der bevorstehenden Konferenz für die Provinz Brandenburg referierte Kogke. Der Redner verwies darauf, daß neben den verschiedenen Anträgen

auf Presse eine der wichtigsten Fragen, mit denen sich die Konferenz zu beschäftigen hat, die sein wird, wie eine bessere Organisierung der Landarbeiter vorgenommen werden kann. Die wirtschaftliche Bewegung habe in der Provinz Brandenburg wohl Fortschritte zu verzeichnen, aber es sei nicht gelungen, wesentliche Erfolge für die Partei zu erzielen. Durch das Anwachsen der gewerkschaftlichen Organisationen sind vielfach die vornehm thätigen Genossen der politischen Bewegung gänzlich entzogen worden, so daß dieselbe empfindlich darunter zu leiden habe. Der Redner kommt zu dem Schluß, daß diese Entwicklung nicht dem Interesse der Partei entspricht und Mittel und Wege gefunden werden müssen, um die Agitation erfolgreicher für die Sozialdemokratie zu gestalten. Eine Diskussion in diesen Ausprägungen wurde nicht beliebt und im Auftrage hieran die Genossen Liepmann, Doll und Willner als Delegierte zur Brandenburgischen Konferenz gewählt.

Zum nächsten Punkt der Tagesordnung lagen verschiedene Anträge vor. Genosse Wainchild begründete in längerer Ausführungen einen Antrag, nach welchem der Parteitag die Herausgabe einer Abendausgabe des „Vorwärts“ und gleichzeitig eine Erweiterung des Inhalts des Centralorgans beschließen soll. Die Herausgabe des Abendblatts sei nötig, um den andern Blättern gegenüber konkurrenzfähig zu sein und um den Geschäftsleuten, Handwerkern und zahlreichen Arbeitern entgegen zu kommen. Eine Erweiterung müsse vorgenommen werden, da gegenwärtig verschiedene Gebiete in der Presse unberücksichtigt bleiben. Vor allem sei die Einführung eines „Sprechsaals“ notwendig, und ferner müsse dem Gebiete der Erziehung, der Alkoholfrage etc. genügend Raum zur Verfügung gestellt werden. Die Genossen Siebert und Kaiser bestimorten eine Herabsetzung des Abonnementspreises auf zunächst 1 M., damit den wirtschaftlich schlecht gestellten Arbeitern das Abonnement erleichtert werde und der „Vorwärts“ eine größere Verbreitung finde. Willner wendet sich gegen die Herausgabe eines Abendblatts, indem hierfür gar kein Bedürfnis vorhanden sei und auch gegen die beantragte Verbilligung des „Vorwärts“. Wainchild wies die Herausgabe eines Abendblatts, um eine schnellere Publikation der Tagesereignisse zu ermöglichen, als aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht für ratsam, zur Zeit diese Einrichtung zu treffen. Friedländer verwies darauf, daß der „Vorwärts“ das Organ der Berliner Parteigenossen sei. Die diesbezüglichen Anträge nicht vor den Parteitag gehören, sondern den Berliner Genossen das Verfügungsrecht zustehen und die Praktionssmission, nicht der Parteitag die in Betracht kommende Anstalt sei. Im übrigen ergeht der Redner, die Anträge überhaupt abzulehnen, da es entschieden verfehlt sei, derartige Experimente jetzt vorzunehmen, wo die Hebernahme der Druckerei geplant ist und die eventuellen Folgen noch nicht abzusehen sind. Liepmann, der sich aus denselben Gründen gegen diese Anträge wendet, bemängelt, daß auf der Tagesordnung des Parteitags die Gewerkschaftsfrage fehlt und der Parteitag keine Stellung zu den Neutralitätsbestrebungen der Gewerkschaften nimmt. Er sucht nachzuweisen, daß die Neutralisierung der Gewerkschaften eine Schädigung der Partei bedeutet und es an der Zeit sei, klar und deutlich auszusprechen, was die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen ist. Der Redner verwies sodann auf den Geschäftsbericht des Parteivorstands, der ihm zeigt, daß die Opferfreudigkeit der Genossen in finanzieller Beziehung eine Mühsal erfahren hat, daß die agitatorische und organisatorische Thätigkeit viel zu wünschen übrig läßt und die Gesamtlage der Partei durchaus nicht so rosig ist, wie es darzustellen versucht wird. Das vom Parteivorstand in Vorschlag gebrachte Organisationsstatut sei infolgedessen mangelhaft, als es danach jedem Ort und jedem Kreise überlassen bleibt, eine beliebige Organisationsform zu wählen. Es müsse, nachdem endlich das Verbindungsverbot gefallen ist, das Vertrauensmänner-System beseitigt und alle Geschäfte der Partei den Organisationen übertragen werden und die straffe Centralisation der Partei zur Durchführung gelangen. Nur diejenigen können als vollberechtigte Genossen betrachtet werden, die in den politischen Vereinen organisiert sind und auch nur diesen diese das Recht eingeräumt werden, die Vertreter in der Partei zu belegen. Der Redner empfiehlt der Versammlung nur Delegierte zu wählen, die diesen Standpunkt vertreten und auch Begner der Beteiligung an den Landtagswahlen sind. Jizewitz und Weis empfehlen gleichfalls mit dem Hinweis auf einen früheren Verfallungsbeschluss die Beseitigung des Vertrauensmänner-Systems. In längerer Ausführungen wendet sich Frau Jhret mit dem Hinweis auf die vereinbarten Bestimmungen gegen eine Änderung der bisherigen Organisationsform. Die Form sei sonst Nebenache, denn es könnten ja immer dieselben Parteien mit den verschiedenen Kreisen betraut werden, dadurch aber, daß den Frauen die Teilnahme an den politischen Vereinen gesetzlich verweigert ist, würde ihnen überhaupt die Möglichkeit genommen, an den Arbeiten und Beratungen der Partei teilzunehmen, falls die gesamten Geschäfte den Vereinen übertragen würden. Sollte dies beabsichtigt sein, so müsse konsequenterweise das Programm der Sozialdemokratie geändert werden und nur den Männern die Zugehörigkeit zur Partei erlaubt sein. Die Rednerin ergeht die Verammelten um Annahme der von den Genossinnen in allen Kreisen gestellten Resolution. Nachdem Willner noch ausgeführt hatte, daß zu einer Änderung des bisherigen Systems keine Ursache vorliege und auch Kogke der Meinung Ausdruck gegeben, daß die andern Berliner Parteikreise wahrscheinlich eine Anerkennung der Organisationsform ablehnen werden, so daß der 5. Kreis sofort dastehen würde, gelangte die Versammlung zur Wahl der Delegierten zum Parteitag. Gewählt wurde Kogke einstimmig, Frau Jhret mit allen gegen 4 Stimmen. Die Anträge, die Herausgabe eines Abendblatts und die Verbilligung des „Vorwärts“ betreffend, wurden abgelehnt, hingegen die von den Frauen eingebrachte Resolution, wonach das Vertrauensmänner-System aufrecht erhalten werden und die Reichstags-Praktion energisch und fortgesetzt für die Abänderung des Vereinsgesetzes wirken soll, mit sehr großer Majorität angenommen.

Die Parteiversammlung des sechsten Wahlkreises fand unter dem Vorsitz von Eugen Ernst im Köllner Hof statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung zum Gedächtnis ihres verstorbenen Abgeordneten Liebnicht von den Plagen.

Zum ersten Tagesordnungspunkt gab der Genosse Grassold einen kurzen Uebersicht über die Agitationsverhältnisse in der Provinz Brandenburg. Für die Brandenburgische Parteikonferenz wurde es sich diesmal wesentlich darum handeln, einen Weg zu finden, der es den Landarbeitern ermöglichte, sich einer Organisation anzuschließen, ohne daß sie gezwungen wären, beim Ortswechsel auch die Organisation wechseln zu müssen. Es komme vielleicht der Verband der Fabrik- und Glaserarbeiter in Frage. Wenn man diesen Verband als für die Landarbeiter geeignet empfehlen solle, so werde es freilich nötig sein, daß innerhalb des Verbands eine besonders billige Klasse für die Landarbeiter eingerichtet werde. Wie sich der in Aussicht genommene Verband hierzu stelle, sei noch nicht bekannt. Was die politische Organisation der Landarbeiter betreffe, so sei diese Frage noch offen, und es müsse der Provinzialkonferenz überlassen bleiben, hier die richtigen Wege zu finden.

Kater: Seit einiger Zeit werde von verschiedenen Seiten innerhalb der Arbeiterbewegung verlangt, daß die Gewerkschaften neutral sein sollen. Wenn dieser Standpunkt der Neutralität auch hinsichtlich der Organisation der Landarbeiter gewählt werden solle, dann dürfe der in Aussicht genommene Centralverband auch nicht durch die sozialdemokratische Agitationskommission empfohlen werden. Dies würde der gewöhnlichen Neutralität widersprechen, welche Neutralität in gewerkschaftlichen Dingen übrigens er, der Redner, nicht für richtig und wünschenswert halte.

Grassold erwidert, daß sich die Provinzialkonferenz sehr wohl mit der Frage der Organisierung der Landarbeiter beschäftigen könne, ohne daß der zu empfehlenden Organisation dadurch der Charakter der Neutralität genommen zu werden brauche.

Als Delegierte zur Brandenburgischen Provinzialkonferenz werden darauf die Genossen Wirth, Brinkmann und Mars gewählt.

Tokales.

Freie Volkshilfe. Die neuen Mitgliedskarten der Winterferien 1900 bis 1901 gelangen jetzt in allen Zahlstellen für alle Abteilungen zur Ausgabe. Die ersten 4 Abteilungen sind geschlossen und können Aufnahme neuer Mitglieder für diese Abteilungen nicht berücksichtigen werden. Anmeldungen neuer Mitglieder für die neue 7. Abteilung werden täglich in allen Zahlstellen entgegen genommen. Das Einheitsbeitrag beträgt ebenso wie der monatliche Beitrag 6 Pf. Die Vorstellungen finden wiederum abwechselnd im Lessing-Theater und im Karl Weis-Theater unter Mitwirkung namhafter erster Künstler und Künstlerinnen statt.

Die künstlerische Leitung der Vorstellungen im Karl Weis-Theater liegt in den Händen des Herrn A. Steinet. Als Eröffnungsvorstellung wählte der Ausschuss für das Lessing-Theater: Leo Tolstoj's „Die Macht der Finsternis“. Für eine in jeder Beziehung würdige Darstellung dieses Stücks verpflichtete sich die Direktion des Lessing-Theaters Sorge zu tragen. Die Mitglieder werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß Umkleidekabinen in andre Zahlstellen nur jetzt vollzogen werden können, jedoch müssen die neuen Mitgliedskarten aus der bisher innegehabten Zahlstelle abgeholt und in die neue Zahlstelle überführt werden. Die Ausbändigung der Karte erfolgt nur gegen Begleichung etwaiger Beitragsreste!

Verlegt ist die Zahlstelle Nr. 31 von Scheibauer, Rosenfelderstraße, nach der Jüdenstraße 85, Restaurant Wölschel. Die Zahlstelle 11, früher Wille, befindet sich jetzt bei Gorf, Eigarrengeschäft im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Achtung, Bedner! Zur Ergänzung der Ordnerkommission werden die Mitglieder, welche im Interesse des Vereins als Ordner fungieren wollen, gebeten, sich baldigst schriftlich beim Kassierer mit Angabe der Adresse zu melden. Der Vorstand. J. A. G. Winkler.

Arbeiter Bildungsschule. Familienausflug nach Grünau, Karolinenhof Sonntag, den 19. August 1900. Abfahrt Bahnhof Friedrichstraße 9 Uhr 5 Min. Schließung Bahnhof 9 Uhr 16 Min. Ankunft in Grünau 10 Uhr 8 Min. Rückzugler werden in Pandis Bierhaus, Karolinenhof, erwartet. Rückzugler sind mitzubringen. Um recht zahlreiche Beteiligung von Mitgliedern und Gästen ersucht Das Komitee.

In der Parteiversammlung des fünften Kreises wurde noch, was bei dem Bericht aus Verschen weggelassen ist und deshalb an dieser Stelle nachgeholt wird, ein von Liepmann eingebrachter Antrag angenommen, wonach in die Tagesordnung des Parteitags die Gewerkschaftsbewegung eingefügt und seitens des Parteivorstands ein Referent hierzu gestellt werden soll.

Im Museum der Liebe.

Allen Teilnehmern wird der Anblick unversehlich bleiben, den die große Friedrichs-Allee bot, als der tote Liebesnot hindurchgeführt wurde. Zu beiden Seiten der langen Allee Kranz an Kranz von trauernden Menschen emporgeliegt, von dem brennenden Rot überflutet, und das ganze überwältigende Bild von der sinkenden Sonne vergoldet.

Dann kamen die erste Musik, der Sarg des toten Führers und die weinenden Menschen. Das vergißt man nicht wieder.

Die Schleifen der etwa 2000 Kranz sind gesammelt worden, um der Familie Liebesnot zu erhalten. Sie sind jetzt im Gewerkschaftshaus, in der Treppenhalle des Obergebäudes, aufgestellt. Jenes Bild vom Friedhof können sie freilich nicht ersetzen. Aber auch hier noch werden die Schleifen großartig in ihrer Massenhaftigkeit. Jedes Band hat einen Kranz gezeit, und jeder Kranz war ein Symbol der Liebe, dargebracht von dankbaren Proletariern ihrem unvergeßlichen Führer.

Daran denke man beim Durchschreiten dieser Reihen zwischen den rotelenden Bändern hindurch, wieviel Proletarier jedesmal freudig ihre Großen zusammenstürzten, um dem Alten eine solche Widmung aufs Grab legen zu können. Darum reden diese oft so schlichten Worte hier eine deutliche Sprache; das Volk hat erkannt, wo es seine Freunde zu suchen hat. Überall der Ausdruck der Liebe und Verehrung, und das Versprechen — weiter zu kämpfen! Und so haben alle die Hunderttausende gedacht, die hier mitgesteuert haben. Eine deutliche, verheißungsvolle Sprache!

Die Säulen sind in dem Treppenhause und in der großen Vorhalle von sachkundiger Hand hübsch arrangiert. Alle Wände und Pfeiler sind von dem leuchtenden Rot überflutet, und in den Gängen drängt sich von morgens bis abends eine dicke Menge, um die Wilhelm Liebesnot gewidmeten Andenken zu sehen.

Wie wir hören, soll die Andenken bis zum nächsten Sonntag erhalten bleiben.

Ueber die Zustände in den Gastwirtschaftlichen sollen auf Anordnung des Reichsanwalters in nächster Zeit umfassende Prüfungen vorgenommen werden. Wie die „Voss. Ztg.“ berichtet, handelt es sich hierbei um eine Bestimmung, ob und inwieweit die Klagen des Verbandes deutscher Köche zu Berlin, welche dieser in einer längeren Eingabe dem Reichsanwalt unterbreitet hat, berechtigt sind. Diese Klagen erstrecken sich besonders auf zahlreiche, die Gesundheit des Küchenspersonals schädigende Missetaten in den Küchen und den zur Küche gehörenden Räumen der Gast- und Speisewirtschaften, Hotels und Gaststätten. Die Erheblichkeit der Klagen ist vom Reichsanwalt anerkannt worden, der infolgedessen die Regierungs-Präsidenten anwies, eine gründliche Revision in die Wege zu leiten. An der Hand eines vom Reichsanwalt zusammengestellten Fragebogens, der 20 Fragen umfaßt, wird hauptsächlich danach gefragt werden, ob die Klagen des Köcheverbandes in Bezug auf örtliche Lage der Küchen und ihrer Nebenräume, auf Temperatur, Ventilation, Sitzgelegenheiten usw. begründet sind. Alle diese Punkte würden eventuell ein Einschreiten auf Grund des § 120 Absatz 6 der Gewerbe-Ordnung gestatten.

Der Urnenhain in Berlin. Das Gesuch des Vereins für Generalfestsetzung, auf dem städtischen Central-Friedhof in Friedrichsfelde ein Gelände für die Beisetzung von Ascherresten freizuhalten und zu einem Urnenhain zu gestalten, hat der „Fleming“ zufolge beim Sanatorium für das Bestattungswesen Zustimmung gefunden. Für den Urnenhain sind die rings um die Urnenhalle gelegenen Teile des Friedhofs bestimmt worden, und zunächst ist einer dieser Teile mit gärtnerischen Anlagen und den erforderlichen Wegen versehen, sowie einer Aufstellung unterzogen worden, welche 600 Stellen ergibt. Jede dieser Stellen ist etwa 1 1/2 Meter lang und 1 Meter breit, so daß sie auch für mehrere Urnen Platz bietet. Der Platz für eine Stelle ist auf 10 M., und für 30 Jahre festgesetzt worden, gerade wie für die sonstigen Grabstellen auf dem Friedhof, in denen die Leichen beerdigt werden. Der Unterschied ist nur der, daß eine solche Grabstelle nur für eine Leiche Raum gewährt, daß also derjenige, der eine Nachstätte sich zusammen mit einer geliebten Person sichern will, zwei solche Stellen von vornherein kaufen muß — und die zweite kostet 25 M. Soll dagegen eine zweite Urne auf derselben Stelle beigelegt werden, die schon eine andre Urne enthält, so wäre wiederum nur die Gebühr von 10 M. zu zahlen, und die Stelle bleibt dort da ab wiederum 30 Jahre unangehört, so daß eine einzige Stelle unter Umständen für Generationen und auf abschbare Zeit ausreichen kann. Wollige Freiheit ist für die Form der Beisetzung gegeben, d. h. die Asche kann sowohl in einer Urne, etwa auf einer Säule, einem Postament, im

Sodel eines Kreuzes, eines Grabsteins, also über der Erde aufbewahrt, als auch begraben werden. In jedem Fall ist es möglich, die Asche einzuschütten, sie mit Sträußern und Blumen zu schmücken — mit einem Wort: die Poesie des Grabes wird durch den Urnenhain nach jeder Richtung gewahrt.

Was ist ein handwerksmäßiger Betrieb? Welche wertwürdige Auffassung sich in den Kreisen der Zwangsummungs-Vorstände über den Begriff „Fabrik und Handwerk“ finden, zeigt das Vorgehen des Vorstands der hiesigen Kupferindustrie-Zwangsummung, welcher inhaltlich unsere größten Fabriken, die Firmen Vorfag, Germania-Werft in Tegel, Mehlis u. Behrend und Aktiengesellschaft von Schwarztopf als Handwerksmeister und Mitglieder der Zwangsummung betrachtet und dem entsprechend die nicht freiwillig gezahlten Ummungbeiträge im Verwaltungszwangverfahren eingezogen wissen wollte. Der Antrag auf Zwangsbeitreibung ist ohne weiteres vom Magistrat zurückgewiesen worden unter Hinweis auf Verletzung der gesetzlichen Vorschriften.

Der Berliner Jahrmarkt hat gestern in den Straßenlagen des Halleschen Thores begonnen und ist von Händlern stark besucht.

Eine Vereinfachung des Straßenbahnstems wird seitens der Betriebsverwaltung der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft mit der weiteren Ausdehnung des elektrischen Betriebes beabsichtigt. Durch Vereinigungen verschiedener zusammenlaufender Straßenbahnstrecken und dadurch herbeigeführte Verminderung von Verkehrs-Empunkten soll einerseits eine bedeutende Verbesserung der allgemeinen Verkehrsverhältnisse für das Publikum, andererseits eine Entlastung besonders verkehrsreicher Straßen stattfinden. Nach allgemeiner Durchsichtung des elektrischen Betriebes sollen zunächst folgende Linien vereinigt werden: Schönberg — Alexanderplatz mit Spittelmarkt — Greifswalderstraße — Weihensee, Rollendockplatz — Französischestr. — Danzigerstraße mit Rathaus — Kreuzauer Allee — Weihensee. Schönberg — Alexanderplatz — Friedrichsberg mit Spittelmarkt — Friedrichsberg, Gesundbrunnen — Opernplatz — Kreuzberg mit Weihensee — Mariendorf, Unter den Linden — Reinickendorf (Scharweberstraße) mit Unter den Linden — Daldorf, Treptow — Weihensee mit Unter den Linden — Reinickendorf. Durch die Vereinigung der verschiedenen Linien findet auch eine bedeutende Verminderung des für den Betrieb notwendigen rollenden Materials statt.

Revisionen der Milchwagen, die aus den nördlichen Vororten allmorgendlich nach Berlin kommen, haben gestern morgen durch eine Anzahl Schulpolizei stattgefunden. In zwei Fällen wurde derartig stark getaupte Milch vorgefunden, daß sie sofort vernichtet und auf die Straße gegossen wurde. In 42 Fällen war an der kontrollierten Milch nichts anzufangen.

In einer Kindesaussetzung, der ein eigenartiger Anfall zu Grunde lag, mußte am vergangenen Sonntag der Arbeiter Paul Franz greifen. Franz war am 2. August zu einer Uebung nach Frankfurt a. O. eingezogen. Wüßlich bekam er am 7. August die Mitteilung, daß seine Frau schwer erkrankt in die Chortier überführt sei. Von den drei Kindern im Alter von 8 Monaten bis 7 Jahren waren zwei bei Nachbarn im Hause untergebracht und eins bei Verwandten. Franz, der am 8. August 24 Stunden Urlaub erhielt, glaubte bei der mißlichen Lage seiner Familienverhältnisse, den nachgehinsten Urlaub auf längere Zeit bis zur Wiederherstellung seiner Frau zu erlangen. Die Erledigung dieses Gesuchs verzögerte sich jedoch, so daß Franz, als er am Sonntag auf kurze Zeit abermals Urlaub bekam, in eine recht bedrängte Lage geriet, wo er seine beiden Kinder, die im Hause unterkommen gefunden hatten, weiter versorgen sollte, da die Hausbewohner die Fürsorge nicht mehr übernehmen konnten. Am Abend mußte er zum Regiment zurück. Es blieb ihm nichts andres übrig, als mit den beiden Kindern nach dem Waisenhaus in der Alten Jakobstraße zu gehen. Über hier erklärte man ihm, daß die Verwaltung des Waisenhauses nur Kinder aufnehme, die keine Eltern haben, er möge die Kinder wieder mitnehmen. Das kam ihm — In seiner Verzweiflung erklärte Franz, daß er die Kinder hier lasse, man möge machen was man wolle, er könne nicht anders. Es ist erklärlich, daß es dabei ohne scharfen Wortwechsel nicht abging, schließlich griff der Beamte zu dem Mittel, die Thür abzuschließen und deutete dem ratlosen Vater an, daß er nicht hinausläufe, bis er die Kinder zu sich nähme. Wohl oder übel mußte sich Franz entschließen, die Kinder zu sich zu nehmen, um sie dem Waisenhaus-Verwaltung vor die Thür zu setzen. Damit hatte nun Franz demnach seinen Zweck erreicht, die armen geängsteten Kinder mußten ins Waisenhaus aufgenommen werden. Am Montag ist dann Franz vom Regiment entlassen. Katastrophal ist nun damit die Sorge keineswegs beseitigt, denn die Eingehung zur Uebung hat den Verlust der Arbeitstätte zur Folge gehabt und so irrt nun der Kerne umher, um erst auf neue Beschäftigung zu erlangen. Schließlich hat man ihn aber noch ausgedrückt, daß er eine Anklage wegen Kindesaussetzung zu erwarten habe. — Auch ein herrliches Kulturbild aus dem Staate der Sozialreform!

Viel Unheil verursachte gestern vormittag ein idengewordenes Gespann der Grobdeffinition von Boche, Neue Königstraße. Das Fuhrwerk hielt in der Georgenkirchstraße und der Aufscher, der dortselbst einen Kunden besuchte, hatte die Räder des Wagens vorchristlich abgelenkt. Die Tiere schenken plötzlich und jagten, den Wagen hinter sich herhelfend, der Gollnowstraße zu. An der Ecke der beiden Straßen riefen die Pferde auf einen mit Milchfässern beladenen Handwagen, dessen Führer sich mit knapper Not zu retten vermochte. Dagegen wurde der Fiedhund überfahren, der Wagen umgeworfen und der Inhalt der Fässer ergoß sich in den Müllstein. Dann jagten die wilden Tiere nach dem gegenüberliegenden Bürgersteig auf das Schaufenster der an der Ecke der Gollnowstraße gelegenen Cigarettenhandlung von Lajer zu. Glücklicherweise stieß der Wagen gegen eine Straßlaternen, und zwar mit solcher Gewalt, daß der Internenpfahl aus dem Erdboden heransgerissen und eine schwere Granitplatte des Bürgersteigs hochgehoben wurde. Die Pferde stürzten und konnten von hinzukommenden Straßenpassanten festgehalten werden.

Die Obduktion des in der Landenkolonie Nordend tot aufgefundenen Staters Michael Scherol hat ein für den des Mordes verdächtigen Arbeiter Kleinschnitt günstiges Ergebnis gehabt. Es konnte nicht festgestellt werden, daß der Tod durch Strangulation herbeigeführt ist, wiewohl eine solche nachweislich stattgefunden hat. Ermittelt wurde ferner, daß der Verstorbenen an epileptischen Anfällen litt. Trotzdem wird er noch nicht freigesprochen werden, da selbst wenn ihm die Mordthat nicht bewiesen werden kann, er sich wegen Leichenberaubung zu verantworten haben wird.

Einen guten Gang machte die Polizei am Mittwochvormittag um 11 Uhr in einem Wohnhaus in der Invalidenstr. 144. Das trotz seines erst drei Monate langen Bestehens der Behörde schon viel zu schaffen machte. Besonders wurden daselbst Gäste, die mit den Verhältnissen unbekannt waren, beim Spiel geplündert. Jetzt war von einem Mädchen die Anzeige eingelaufen, daß es von seinem „Schützling“ Scherbert zu schwer gemißhandelt worden sei, daß es ein Krankenhaus habe aufsuchen müssen. Um des Scherbert habhaft zu werden, wurde eine Streife unternommen. Dabei sollte man diesen und noch drei andere gefaschte Männer in dem Lokal, indem man das Rest ausnahm und die Auswachen auf der Wache des 11. Polizeirevierts einer näheren Prüfung unterzog.

Günstig geht den Kampf um Erhaltung seines Lebens fort. So hat sein Verteidiger sich veranlaßt gefunden, einen zweiten Wiederaufnahme-Antrag bei Gericht einzureichen. Und zwar handelt es sich dabei um Hauptpunkte zur Klarstellung von Voraussetzungen, die im Interesse der ganzen Sache sicherlich er-

wünscht ist. Es dürfte aber sehr fraglich sein, ob die beschließende Strafkammer die vorgebrachten neuen Thatsachen für geeignet achten wird, um daraufhin das gesamte Verfahren zu erneuern.

Der Selbstmord eines Gymnasialisten am Wiederbeginn der Schule erregte am gestrigen Tage einiges Aufsehen. Es handelt sich um den Sohn eines Lehrers, der ein Verlässliches Gymnasium im Centrum der Stadt besuchte und in der Uebungsgewinnung gelommen war, daß er trotz des ihm gewährten Nachhilfe-Unterrichts das er-wünschte Ziel nicht erreichen würde. Er schrieb an die Eltern einen Abschiedsbrief und jagte sich in der Schule eine Kugel in den Kopf. Ein Schuttmann brachte ihn nach einem Krankenhaus, dort verstarb er.

Ein Leiche gefandet wurde am Dienstagvormittag am Görliger Ufer die 80 Jahre alte Fabrikarbeiterin Emma Glogig aus der Alexandrinerstr. 77, die am Montagmorgen das Elternhaus verließ und nicht zurückkehrte. Sie hatte ein Verhältnis mit einem jungen Mann, das von seiner Seite eine Abfälligkeit erfahren hatte. Aus diesem Grunde wollte die Glogig nicht weiter leben und suchte den Tod im Wasser.

Ein Liebespaar hat sich am Sonntag in Lufow in der Märkischen Schweiz das Leben genommen, weil die Mutter der Braut ihre Einwilligung zu der Verbindung verweigert hatte. Es handelt sich um den 25 Jahre alten Sohn Ernst des Restorierhändlers Schmidt aus der Goethestr. 14 zu Rixdorf und die um 2 Jahre jüngere Tochter Helene des Eisenbahnbeamten Jahn aus Charlottenburg. Ernst Schmidt, ein junger und in seinen Bekanntenkreisen allgemein beliebter Kaufmann, hatte schon seit einiger Zeit ein Liebesverhältnis mit Helene Jahn. Sein Vater, in dessen Geschäft er thätig war, erhob seine Einwendungen gegen das junge Mädchen, aber Frau Jahn wollte von einer Verbindung nichts wissen; obgleich die Werbung des jungen Mannes von ihrer Tochter unterstützt wurden. Sie soll in Erfahrung gebracht haben, daß Ernst Schmidt bereits früher ein Verhältnis mit einem jungen Mädchen aus Charlottenburg unterhalten hatte. Als allen Bitten abschwendende Antworten entgegengelesen wurden, beschloß das Liebespaar, gemeinsam in den Tod zu gehen. Am Sonntag verließen beide ihr Elternhaus unter dem Vorgeben, einen Ausflug nach Nieder-Schöneweide unternehmen zu wollen. Das haben sie nicht getan, um sich gegen Nachforschungen zu sichern. Sie begaben sich nach Lufow, richteten von dort Abschiedsbriefe an die Eltern und teilten sich im gegenseitigen Einverständnis, wahrscheinlich hat sich die Schwelme gefügt. Der Vater des jungen Mannes erhielt am Dienstag die amtliche Nachricht aus Lufow, nach der sich beide im Schloßgarten daselbst das Leben genommen haben.

Erhängt hat sich nach einem zärtlichen Abschied von ihren Kindern die 34 Jahre alte Kaufmannsrau Rosalie Wolff aus der Wannstr. 80a. Die Familie lebt seit drei Jahren in Berlin; der Mann ist Reisender für ein Teppichgeschäft. Die Eheleute lebten unter einander und mit den beiden 11 und 9 Jahre alten Töchtern in bester Einvernehmen und hatten keine Sorgen. Erst am Sonntagabend war Frau W. von einem mehrwöchigen Besuch bei Verwandten zurückgekehrt. Am gestrigen Morgen hatte sie ihrem Mann die Zeitung an das Bett gebracht, dann ihre Kinder geküßt und gelächelt, bevor sie sie zur Schule schickte. Als der Mann gegen 9 1/2 Uhr aufgestanden war und nach der Frau suchte, hing sie als Leiche an einem Galen in der Küche. Ein Grund zur That ist nicht ersichtlich.

Zwischen Welle und Treibriemen geraten ist am Mittwochvormittag um 2 Uhr der 20 Jahre alte Arbeiter Reinhold Long aus der Anstalten-Allee 74. Er war in der Brauerei von Anders in Neu-Weihensee an der Maschinenpumpe beschäftigt und wollte diese zum Stehen bringen. Als er den Riemen von einer Welle auf die andre schob, geriet er mit dem linken Arm in das Getriebe. Der Unterarm wurde ihm zermalmt. Der Verletzte wurde auf Anordnung eines Arztes von der Unfallstation X. in einem nächsten Rettungswagen nach dem Krankenhaus im Friedrichshain gebracht.

Feuerbericht. Eine Benzineplosion im Keller verursachte Mittwochvormittag 5 Uhr einen Alarm nach Leipzigerstraße 51. Der existenzbedingende Schaden ist jedoch unbedeutend. Während die Wehr noch thätig war, erging Feuer von Charlottenstraße 74 aus, wo in einer Schuhmacherverstalt Feuer ausgebrochen war. Auch hier konnte die Gefahr leicht beseitigt werden, doch erlitt der Inhaber schmerzhaft Brandwunden an Armen und Händen. Kleine Wohnungsbrände verursachten ein Anstricken der Wehr nach Dunderstraße 89, Potsdamerstraße 27b, Riedewalderstraße 51 und Kantstraße 45b. Die Dachkonstruktion wurde Sipsstraße 15 durch Feuer beschädigt. Außerdem war Dienstagabend Ouenburgerstraße 9/10 noch ein Schaufensterbrand zu beseitigen.

Aus den Nachbarorten.

Charlottenburg. Heute, Donnerstag, spricht Dr. Vorhards in der Gambirand-Brauerei im Wahlverein über die politische Lage. Der Vorstand.

Johannisdahl. Heute Donnerstagabend 8 Uhr spricht Frey zu dem in Lokal des Herrn Rau zu Johannisdahl über: Deutschlands Weltpolitik. Inzwischen findet die Wahl von drei Delegierten zur Kreisversammlung für den Kreis Teltow statt. Der Vertrauensmann.

Reinickendorf. Der Wahlverein hält am 18. ds. Mts., abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Gerbig, Nordbahnstr. 19, seine Mitgliederversammlung ab. Dr. Bolkeim hat einen Vortrag zugesagt über: Staatshilfe und Selbsthilfe. Der Vorstand.

Schwerer Unfall. Der 67 Jahre alte Arbeiter Julius Volk aus Eddenberg, Veljherstr. 63, hatte am Sonntagvormittag gegen 11 1/2 Uhr auf der Endstation der elektrischen Bahn in Sieglitz einen Anhängewagen an den Motorwagen zu koppeln. In diesem Augenblick kam von der andren Seite ein zweiter Motorwagen und prallte so heftig an, daß dem Arbeiter der linke Oberschenkel gebrochen wurde. Der schwer Verletzte wurde in das Kreis-Krankenhaus zu Groß-Lichterfelde gebracht.

Stadterordneten-Versammlung in Spandau. Auf Antrag unres Parteigenossen Pieper beschloß die Versammlung die nachträgliche Enttragung von 7 Personen in die Bürgerliste. Die Kosten der städtischen Abschlepparbeiten für die China-Fremdwagen betragen 643,75 M. und sollen nachträglich bewilligt werden. Unres Genossen sprachen sich gegen die Bewilligung dieses Betrags aus; die Forderung wird jedoch mit Zustimmung der übrigen Vertreter angenommen. Die nächste Vorlage, „Bewilligung von 600 M. zur Sedanfeier“, hat der Magistrat in letzter Stunde zurückgezogen. Die Versammlung beschloß alldam die Anstellung des Sanitätsrats Dr. Jünke als Stadtrat gegen ein Jahresgehalt von 1200 M. verjuchtwiese auf ein Jahr.

Selbstmord beging die 13 Jahre alte Tochter Hedwig des Bauarbeiters H. in Spandau, indem sie sich in Wallgraben ertränkte. Das Mädchen hatte dem Vater einen Geldbetrag entwendet, den sie vermutlich zum Ankauf von Schokolade aus Automaten ver-mundete. Seit Freitag voriger Woche war Hedwig H. spurlos verschwunden; ihre Leiche ist am Dienstag am Kriegerthor im Wallgraben aufgefunden worden.

Gerichts-Beitrag.

Unerschönte Schlermishandlungen wurden dem Lehrer Reinhold Jülicher zur Last gelegt, der gestern vor der zweiten Ferienstrafkammer am Landgericht II stand. Der Angeklagte ist seit 1852 an der städtischen Schule in Rixdorf angestellt und unterrichtete seit dem 1. Oktober 1899 bis zum 1. März in der dritten Anabensschule. In dieser Zeit sind seine Schüler öfter und

Marktpreise von Berlin am 14. August 1900 nach Ermittlungen des fgl. Polizeipräsidiums. Table with columns for commodity names (e.g., Weizen, Roggen, Gerste) and their prices in various units.

Produktenmarkt vom 15. August. Am heutigen Getreidemarkt zeigte sich schwächere Tendenz, da von den amerikanischen Getreidemärkten schwächere Notierungen einliefen. Am dem heutigen Markt zeigte sich die rückgängige Bewegung fort, da Abgaben erfolgten wegen Abnahme in russischer Ware und da auch Ausfuhren auf bessere Witterung bräuteten.

Städtischer Schlachtviehmarkt. Berlin, 15. August 1900. Amtlicher Bericht der Direktion. Zum Verkauf fanden: 512 Rinder, 2418 Kühe, 3882 Schafe, 10 044 Schweine. Bezahlt wurden für 100 Pfund oder 50 Kilogramm Schlachtgewicht in Mark (beziehungsweise für 1 Pfund oder 500 Gramm Schlachtgewicht in Mark) (beziehungsweise für 1 Pfund oder 500 Gramm Schlachtgewicht in Mark) (beziehungsweise für 1 Pfund oder 500 Gramm Schlachtgewicht in Mark).

Verlauf und Tendenz. Vom Rindermarkt blieben etwa 170 Stück unverkauft. Der Rinderhandel gestaltete sich gedrückt und schlappend, es bleibt Ueberhand. Bei den Schafen fanden etwa 800 Stück Schlachtware Absatz. Der Schweinemarkt verlief langsam und wird vorwiegend durch den Export bestimmt.

Zusammenfassen in der Viehwirtschaft. Gemüßliches Gesamtensemble jeden Freitag nach dem 15. des Monats in Eberts Kuhhaus, Kommandantenstraße 72. Gäste willkommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschrift findet Montag, Dienstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Kranzpenden. Auf Anfragen aus Berlin (Gravure), Nürnberg (Sachmacher), Bielefeld (Vollmacht), Solingen (Altenburg (Maurer), Reichenberg i. B. und anderen Orten erklären wir nochmals, daß es uns völlig unmöglich ist, sämtliche Kranzpenden, Beileidbeschlüssen etc. die uns Begrüßung unserer Liebsten eingetroffen sind, einzeln aufzuführen. Wir bitten daher nochmals die Parteireisenden, die bisher nicht erwähnt worden sind, um Berücksichtigung dieses Umstandes.

21. Drei Bergleute in Uniform. 22. R. 20. 1. Rein, der Anwalt bekommt den Befehl ebenfalls vom Gericht zugehört. 2. Die Klage ist gegen den Betretenen zu richten. - R. 2. 100. Kommen Sie mit dem Mietvertrag in die Rechtschule. - R. 2. Sie müssen die Frau erst vor dem Schiedsmann laden und dann Privatklage beim Schöffengericht I. hier, No. 10, erheben. Strafe 5-10 M., Kosten, wenn die Angeklagte verurteilt wird, gar nicht, wenn sie freigesprochen wird, etwa 20-50 M. - Namenlos. Bößliches Verhalten ist Scheidungsgrund, jedoch muß eine Klage auf Wiederherstellung des ehelichen Lebens vorausgehen. Ein Jahr nach der rechtskräftigen Entscheidung kann dann die Klage auf Scheidung wegen bößlichen Verhaltens erhoben werden.

- C. G. 100. Ihr Kind erhält keinen Vormann, sondern nur einen Teilungspfleger für die Nachlassverwaltung. Hierbei ist auch das erste Kind zu berücksichtigen. Aufzulassen haben Sie für dieses Kind in seiner Weise. Lebensgenossenschaft ist die Ehe. - R. 2. 2. 11. Ist nicht mehr zu befehlen, weil schon verjahrt. - R. C. 23. Sie können trotz der väterlichen Einwilligung erst nach Vollendung des 21. Jahres heiraten. Das vorherige Angebot dürfte ungültig sein. Es ist dies indes zweifelhaft. - R. 2. 66. 1. Die gesetzliche Kette-Entschädigung würde sich auf etwa 30 M. belaufen. Wäre dazu noch an Gebühren für Wahrnehmung des Termins treten würde, läßt sich ohne Kenntnis der Sache nicht abschätzen. Da der Anwalt nicht an die gesetzlichen Gebühren gebunden ist, so bleibt Ihnen, falls Sie die geforderte Summe nicht zahlen wollen, nur übrig, einen Berliner Anwalt zu befehlen. Sollte es sich um eine Civilsache handeln, so müßte dies sogar geschehen. 2. Sicherheitsbestellung können Sie nicht verlangen. 3. Rechtsanwält Genosse Deime wohnt Rattenowerstraße 1, Rechtsanwält U. Alt-Roabit 133, I. - Section 5. Hannover. 1. Sie können Rentenversicherung beantragen. Einen Anwalt wählen Sie selbst bezahlen. 2. Die Rente ist nach dem Arbeitsverdienst des letzten Jahres zu berechnen. 3. Ja, wenn schon mehr als 200 Wochen geleistet und weder Invaliden noch Altersrente gezahlt ist. - R. 2. Die Ansprüche auf Invaliden sind durch die Behinderung nicht erschöpft. - G. W. 96. 1. Sie ist berechtigt. 2. Invalidenrente nach 200, Altersrente nach 1200 Beitragswochen.

pädagogischen wenn sie ihn nicht sofort erkennt, doch die Ausübung seiner Macht unmöglich macht. Man fragt sich auch, wie geht es zu, daß solche Reaktionen, die in ähnlicher Art schon wiederholt die Öffentlichkeit beschäftigt, nur in den Volksschulen passieren? Welche Entschuldigungen würde es geben, wenn ein Schüler der höheren Schule solche Reaktionen erzielte? Der Lehrer wäre unbillig in seiner Stellung, ein Sturm des Unwillens setzte in ihm ein. Der Lehrer fühlt auch, in der Volksschule darf er sich solche Ausschreitungen erlauben, denn der einfache Arbeiter wird mit seiner Bescheidenheit vom Rektor nicht selten abgewiesen, der reiche Fabrikant, der hohe Beamte hat andre Mittel, um dem Lehrer Respekt einzuspielen und sein Recht zu verfolgen.

Schließlich glaubt der Brügelpädagoge, daß seine Erziehungsmethode im Augen der heutigen Bourgeoisie angewandt ist, denn es schadet nichts, wenn Proletarierkinder schon von frühester Jugend an eine kräftige Zucht gewöhnt werden, die später der kapitalistische Ausbeuter fortsetzen wird. Wo gäbe es aber einen Leiter einer höheren Schule, der es wagte, einem Mann mit so rohen Gefühlsempfindungen ein glänzendes Zeugnis als Pädagoge auszustellen? Jeder Mann an dieser Stelle hätte auch die Verpflichtung, dem Willen eines solchen Lehrers, wie er im Prozeß geschildert ist, Einhalt zu thun. Aber der Rektor ist entfremdet, das der Pädagoge, der mit solcher Bravour die Prügel auszuheften weiß, mit einem Professor verkehrt, das genügt ihm anscheinend für die Einschätzung des Bildungsgrades seines Schülers. Verwundert fragt man sich, sollen das die Lehrer und Bildner unserer Jugend sein, die so wenig Verständnis für Erziehung besitzen? In einer solchen Schule kann die Bevölkerung kein Vertrauen fassen. Sie erfüllt nicht ihre Aufgabe als Erziehungsanstalt, sie erscheint dem Volk vielmehr als eine Drillanstalt, in der ein wenig oberflächliches Wissen eingepreßelt wird.

Vermischtes.

Der Rabelsdampfer „Anglia“ hat am 14. August das Küstenende der neuen deutsch-amerikanischen Kabels aufgenommen, das Seakabel daran befestigt und sodann mit der Auslegung des Kabels nach den Azoren begannen.

Ueber den Untergang des Torpedobootes „Framée“ berichten die Offiziere des „Brennus“ folgendes: Das Geschwader fuhr nach der Reere von Gibraltar und zwar in Richtung mit einer Geschwindigkeit von 10 Knoten. Die Nacht war ruhig und der Mond schien. Gegen Mitternacht wollte Admiral Journer dem Kreuzer „Foudre“ durch die „Framée“ einen Befehl zugehen lassen und befohl daher dieser, sich dem „Brennus“ zu nähern. Die „Framée“ kam mit einer Schnelligkeit von 16 Knoten angefahren. Der Kommandant de Manduit, der glaubte, daß sich die „Framée“ dem „Brennus“ zu sehr genähert habe, gab hierauf den Befehl, 20 Grad nach links zu fahren. Der Befehl wurde falsch verstanden und der Steuermann fuhr statt nach links, nach rechts. Die „Framée“ geriet auf diese Weise mit der Längsseite vor den Vordersteven des Panzerschiffes. Die „Framée“ wurde nicht durchbohrt, sondern warf sich sofort auf die Seite und schlug um. Die Mannschaft schloß und ging zu Grunde, da sie völlig eingeschlossen war. Der Kommandant de Manduit hielt sich an der Schiffswand angeschlossen und verzweigte sich den Verstand eines Bootmanns des „Brennus“, der sich ihm mit einem Raßn genähert hatte. „Muth, Leute“, rief er, „sucht Euch zu retten, lebt wohl!“ Dann wurde er von den Wellen erfasst. Nach 3 Minuten ging die „Framée“ unter. - Es heißt, daß der Steuerapparat der „Framée“ während der Fahrt nicht gehörig funktionierte.

Von der Erde verschlungen. Vor den Augen seines Bruders ist zu Gottesberg in Schlesien ein 12jähriger Schulknabe aus Felshammer in die Erde gesunken und erstickt. Der Knabe sammelte mit seinem jüngeren Bruder Kohlen. Hierbei geriet er auf eine Stelle des nahen Grubenterrains, die Tagebrüche enthält und deren Beiraten seitens der Grubenverwaltung streng verboten wurde. Plötzlich senkte sich der Boden unter seinen Füßen mit furchtbarer Schnelligkeit und der Knabe versank. Ueber ihm stürzten die Steinschichten zusammen. Auf das Hilferufen des jüngeren Bruders eilten mehrere Grubenbeamte und Verleute herbei. Doch war die Rettung des Knaben durch die in Bewegung geratene Gesteinsschicht nicht mehr möglich. Erst nach langer, anstrengender Thätigkeit gelang es, den Unglücklichen aufzufinden, aber er war bereits eine Leiche.

Die sprichwörtliche „Dummheit der Gans“ wird zuweilen durch Thatsachen belegt. Auf einem Dominium bei Trebnitz in Schlesien lag der Haushahn mit dem Gänserich lange schon in erster Reihe. Fast kein Tag verging, an dem der Hahn den „Retter des Kapitols“ nicht thätlich anfeindete. Eines Tages jedoch änderte sich die Szene. Man sah den Gänserich, der sich mit dem Hahn selbstgebeißt hatte, plötzlich nach dem Teiche fliegen, wo sich ein Kampf um Leben und Tod erhob und der lampförmige Haushahn den sicheren Tod durch Ertrinken gefunden hätte, wenn nicht hinzueilende Personen den Bedrängten und Bekräftigten gerettet hätten. Seit diesem Tage aber vermeidet der Haushahn jeden Streit mit dem ihm überlegenen Gänserich.

Witterungsübersicht vom 15. August 1900, morgens 8 Uhr. Table with columns for Stations, Barometer, Wind, Weather, Temp. in C and F.

oft recht schweren Mißhandlungen ausgesetzt gewesen. Die Anklage legte dem Lehrer 11 Fälle schwerer Ueberschreitungen des Pädagogenspruchs zur Last. Nach den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft hat der Angeklagte den Knaben Lehmann I., der schwerhörig war, was der Lehrer wußte, mit voller Wucht mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Ein andermal konnte der Junge angeblich das an der Tafel Geschriebene nicht lesen. Dafür erhielt er Ohrfeigen, daß die linke Wade in der Gegend des Unterhiesers blau wurde und anschwellt und der Knabe zwei Tage die Schule nicht besuchen konnte. Einmal hat der Lehrer denselben Knaben mehrfach geohrfeigt, weil ihn derselbe nicht verstanden hatte. Wieder einmal kam der Knabe in die Bibelstunde zu spät. Er erwiderte sich bei seinem Raßbar, welches Lesestück dran sei. Dafür rief ihm der Lehrer die Ohren ein. Der Knabe Lehmann II. sagte während einer Pause: „Wenn heute der Lehrer nicht käme, au, das wäre fein!“ Der Angeklagte erfuhr dies, schlug den Frevler zunächst mit dem Stock aufs Gesicht, setzte ihn dann auf die letzte Bank und schlug ihn oben drein mit der Hand ins Gesicht und rief ihm das halbe Ohrklappen ein. Otto Lehmann machte beim Schreiben einen Fehler. Der Lehrer ergriff die Hand, um zu schlagen, der Junge wies auf seine rechte Wade und zeigte dort ein Geschwür, der Lehrer schlug nun auch auf die andre Wade, dann aber holte er zu einem zweiten Schläge aus und schlug mit Abßiß auf das Geschwür, so daß dieses aufsprang und stark blutete. Ende Februar dieses Jahres sollte der Knabe Gustav Schreiner die Zahl „18“ schreiben und schrieb statt dessen „81“. Der Lohn für diese Freveltat war ein Schlag mit der Faust in das rechte Auge, so daß dieses anschwellt und mit Blut unterlief. Einige Tage darauf konnte derselbe Knabe eine Frage nicht beantworten, dafür schlug ihn der Lehrer mit der Faust und voller Kraft unter das Kinn und in das linke Auge, das rechte war nämlich noch nicht ganz geheilt. Obendrein ergab sich, daß der Knabe sehr nervös war und oft seinen Eltern geschweige dem Fremden gegenüber nicht die einfachste Frage zu beantworten vermochte und zwar lediglich aus Angst. Der Knabe befindet sich auch deshalb in fortgesetzter ärztlicher Behandlung. Der Knabe erhält wegen Armut seiner Mutter - der Vater ist verstorben - Schulbücher und Peste von der Gemeinde geliefert. Eines Tages hatte er ein Heft nicht mitgebracht, das gebraucht wurde. Er wußte nicht, wo er dasselbe gelassen hatte. Zur Strafe rief ihm der Lehrer die Haare in ganzen Büscheln aus, so daß sich die nackten Stellen bei der ärztlichen Untersuchung als stark entzündet und blutig zeigten. Der Knabe Lilienthal drehte sich am 1. März einmal während des Unterrichts um, um einem Mitschüler etwas zu sagen. Strafe: Mehrere Schläge auf die linke Wade, so daß dieselbe geschwollen war und die Nase blutete. Zwei Tage mußte der Verletzte die Schule meiden. Am 2. März b. J. klapperte der Knabe Walter Vorhardt in der Turnhalle - in welcher drei verschiedene Klassen zu gleicher Zeit turnten, die durch quer durch den Saal gezogene Ketten getrennt wurden - an der ihm zunächst gelegenen Kette und erhielt darauf mit der Hand einen Schlag auf die Nase, einen auf den Rücken und dann wieder einen in das Gesicht. Nach der Anklage soll der Lehrer die Antworten der Schüler oft gar nicht abgelesen, sondern gleich losgeschlagen haben. Der Angeklagte gab alle diese Verurteilungen im Prinzip zu, suchte dieselben aber in möglichst milder Form darzustellen. Er geht mit seinem ganzen Sinn und Kräften im Lehrerberuf auf. Jeden seiner Schüler suchte er nach Kräften dem gesteckten Ziele zuzuführen. Daneben beschäftigte er sich wissenschaftlich. Er habe verschiedene Vände geschrieben über pädagogische Erfahrungen in der Schule. Seit dem Jahre 1894 habe er aber vielfach an Influenza gelitten, danach hätten sich bei ihm stets längere Krankheitszeiten, besonders aber ein Kehlkopfleid gezeigt. Als er im Februar nach seiner letzten Influenza-Erkrankung in die Schule kam, war seine Stimme derart schlecht, daß er auf Anraten seines Rektors in ärztliche Behandlung ging. Eine Autorität ordnete ihm sechs Wochen Sprech-Einhaltsamkeit an. Er schloß sich aber zu Hause als ein müßiger Professor, der den Staat um das Gehalt betrüge, deshalb habe er schon nach vier Wochen den Dienst wieder angetreten und dabei habe ihm jedes Wort, welches er sprechen mußte, Schmerzen gemacht. Das habe ihn infolge seiner hochgradigen Nervosität stets so erregt, daß er sich nicht zu beherrschen vermocht habe. Die Beweisaufnahme beschränkte sich nach dem Geständnisse des Angeklagten, welches trotz seiner Einschränkung ausreichte, auf sehr enge Grenzen. Dr. v. Laszewski führte den Verlust der Haarbüschel bei dem Knaben Schreiner auf schlechte Ernährung, die ein Verdern der Haarpapillen verurteilt habe, um wesentlich zurück. Es habe nur eines kräftigen Anreizens bedurft, um die Haare in Büscheln auszureißen. (?) Schultat Larong bestätigte aus den Personalakten des Angeklagten, daß dieser ein strebsamer Lehrer sei, dem das Interesse der Schule und seiner Schüler sehr am Herzen liege. Derselbe leide allerdings an hochgradiger Nervosität. Die Personalakten ergäben allerdings, daß der Angeklagte oft über das Ziel hinausgeschieße. Im übrigen sei der Angeklagte gebildet als andre seiner Kollegen, was wohl schon darauf zurückzuführen sei, daß er seine Ferienzeit stets im Umgang mit seinem Bruder, der Professor in Warburg sei, zubringe. Es sei dem Angeklagten allerdings in Folge von Ueberschreitungen des Pädagogenspruchs untersagt worden, in das Gesicht oder an den Kopf zu schlagen und wegen mangelhafter Leistungen solle er überhaupt nicht züchtigen. Der Staatsanwalt beantragte unter Zustimmung mildernden Umstände 600 Mark Geldstrafe. Der Gerichtshof war der Ansicht, daß die That nur als übergroße Nothwehr oder als Ausfluß geistiger oder physischer Krankheit und deren Folgeerscheinungen aufzufassen sei. Er entschied sich für die letztere Auffassung, billigte mildernde Umstände zu und erkannte auf 400 M. Geldstrafe oder 40 Tage Gefängnis. Unfrer Schulverwaltung wird in dem Prozeß ein recht schlechtes Zeugnis ausgeht. Man sollte glauben, daß eine Behörde, der wirklich das Wohl der Schule am Herzen liegt, solchen Prügel-

Advert for Theodor Kohl, including a notice of death (Todes-Anzeige) and a patent application (Patentanmeld.).

Advertisement for Allgemeine Sterbekasse für Männer u. Frauen zu Berlin, including details of a general assembly (Generalversammlung).

Large advertisement for Volksversammlung am Donnerstag, den 16. August, including a list of speakers and topics.